European Union Agency for Fundamental Rights
Agentur der Europäischen Union für Grundrechte
Agence des droits fondamentaux de l'Union européenne

WAHRNEHMUNG VON DISKRIMINIERUNG UND ISLAMFEINDLICHKEIT

STIMMEN VON MITGLIEDERN MUSLIMISCHER GEMEINSCHAFTEN IN DER EUROPÄISCHEN UNION

European Union Agency for Fundamental Rights
Agentur der Europäischen Union für Grundrechte
Agence des droits fondamentaux de l'Union européenne

Wahrnehmung von Diskriminierung und Islamfeindlichkeit

Stimmen von Mitgliedern muslimischer Gemeinschaften in der Europäischen Union

EUMC 2006

Tufyal Choudhury, Durham University
Mohammed Aziz, FaithWise
Duaa Izzidien, FaithWise
Intissar Khreeji, FaithWise
Dilwar Hussain, Islamic Foundation

Vorwort

Die von der EUMC in den letzten Jahren gesammelten Daten zeigen, dass die europäischen Muslime seit dem 11. September 2001, dem Tag der Terroranschläge auf New York und Washington, mit einem zunehmend feindlichen gesellschaftlichen Klima konfrontiert sind. Spätere Ereignisse wie die Ermordung des holländischen Filmemachers Theo van Gogh und die Bombenanschläge in Madrid und London förderten die Vorurteile zusätzlich und waren Anlass zu weiteren feindseligen und aggressiven Handlungen. Daher beauftragte die EUMC die 25 nationalen Focal Points ihres Informationsnetzes über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (*Racism and Xenophobia European Information Network*, RAXEN), Informationen über die Lebensumstände von Muslimen sowie über islamfeindliche Vorfälle und islamfeindlich motivierte Verbrechen zu sammeln. Dieses Material diente in Verbindung mit Informationen aus anderen Quellen als Basis für die Erstellung des parallel veröffentlichten EUMC-Forschungsberichts „Muslims in the European Union – Discrimination and Islamophobia“ (Muslime in der Europäischen Union – Diskriminierung und Islamophobie).

Im Rahmen dieses Projekts gab die EUMC auch den vorliegenden Bericht in Auftrag, der 58 ausführliche Interviews mit Mitgliedern muslimischer Gemeinschaften aus 10 EU-Ländern mit hohem muslimischem Bevölkerungsanteil umfasst. Ziel dieser Studie ist es, die quantitativen Daten im anderen Bericht zu ergänzen. Wir möchten betonen, dass die vorliegende Studie Wahrnehmungen und individuelle Erfahrungen beschreibt. Auf diese Weise liefert sie ein wertvolles Bild von den Meinungen, Gefühlen, Ängsten und Frustrationen, aber auch vom Optimismus und von den Zukunftsvisionen der Muslime in der EU. Sie soll in Verbindung mit dem ersten Bericht gelesen werden.

Ich möchte allen jenen herzlich danken, die zur Entstehung dieses Berichts beigetragen haben, vor allem den Interviewpartnern, die so viel von ihrer Zeit geopfert haben, sowie dem Forscherteam, das die Feldforschungsarbeiten organisiert und die Interviews äußerst professionell durchgeführt hat. Mein Dank gilt auch dem Verwaltungsrat der EUMC für seine Kommentare und sein Feedback zu diesem Bericht.

Ich hoffe, dass dieser Bericht zu einer Sensibilisierung gegenüber der zunehmenden Islamfeindlichkeit in der Europäischen Union beitragen wird. Es ist wichtig, die Erfahrungen der europäischen Muslime mit Diskriminierung, islamfeindlichen Vorfällen und Äußerungen, wie sie immer häufiger in der öffentlichen und politischen Debatte zu finden sind, wiederzugeben und den gesellschaftlichen und politischen Kontext zu analysieren, in dem eine derartige verbale und physische Aggression möglich ist. Wir müssen den Dialog, die soziale Integration und den Kampf gegen Diskriminierung intensivieren, um Minderheiten zu unterstützen, was letzten Endes der gesamten Gesellschaft zugute kommen wird. Ich hoffe, dass dieser Bericht zu einer breiten öffentlichen Debatte darüber beitragen wird, wie wir die

Vision einer multikulturellen Gesellschaft in Europa verwirklichen, ohne dabei die bestehenden Probleme zu leugnen.

Viele Muslime sind sich dessen bewusst, dass auch sie sich stärker in die breitere Gesellschaft einbringen müssen, dass sie mehr zur Überwindung der Hindernisse und Schwierigkeiten, mit denen sie konfrontiert sind, beitragen müssen, und dass sie mehr Verantwortung für ihre Integration übernehmen müssen. Doch um sich engagieren und einbringen zu können, benötigen sie die Ermutigung und Unterstützung durch die gesamte Gesellschaft, die sich wiederum stärker als bisher bemühen muss, Platz für Vielfalt zu schaffen und Integrationshemmnisse zu beseitigen.

Die klare Botschaft muss lauten, dass Diskriminierung von Muslimen und Islamfeindlichkeit vollkommen unvereinbar mit den europäischen Werten sind, wobei die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert sind, die geltenden EU-Vorschriften gegen Diskriminierung und Rassismus vollständig und wirksam umzusetzen.

Ich hoffe, dass dieser Bericht zu einer breiten öffentlichen Debatte darüber beitragen wird, wie ein friedliches Zusammenleben aussehen könnte, bei dem wir die Grundrechte sowie die kulturellen, ethnischen und religiösen Unterschiede respektieren, ohne dabei das Vorhandensein von Problemen, wie sie von den Befragten geschildert wurden, zu leugnen.

Beate Winkler
Direktorin der EUMC

Inhalt

Vorwort **3**

Einleitung **14**

Methodik **15**

Teil I: Muslimische Gemeinschaften in Europa **17**

1. Struktur und Organisation der muslimischen Gemeinschaft **17**

1.1 Organisation 17
1.2 Die Haltung junger Menschen zu religiösen Organisationen 19
1.3 Die Ansichten der jungen Menschen über die muslimischen Organisationen 23

2. Identität und Integration in die breitere Gesellschaft **25**

2.1 Wahrnehmungen von innen 25
2.2 Die Wahrnehmung des Islams und der Muslime durch die breitere Gesellschaft in den Augen der Muslime 39
2.3 Beziehungen zu anderen Gemeinschaften 42
2.4 Ausmaß der staatsbürgerlichen und politischen Teilhabe 43
2.5. Die Zukunft der muslimischen Gemeinschaft 44

TEIL II: Wahrnehmung von Diskriminierung und Islamfeindlichkeit **48**

3. Vorurteile, Feindseligkeit und Hass **48**

3.1. Islamfeindlichkeit im öffentlichen Leben 48
3.2 Islamfeindliche Vorurteile und Einstellungen im täglichen Leben 49

4. Recht, Politik und Verwaltung **52**

4.1 Politiken und Praktiken zur besseren Integration der Muslime 52
4.2 Regelungen zum Schutz vor Feindseligkeit und Unterstützungsmaßnahmen 58
4.3 Behandlung durch die Polizei und das Strafrechtssystem 60

5. Diskriminierung in sozioökonomischen Bereichen **63**

5.1 Diskriminierung im Wohnungswesen 63
5.2 Diskriminierung im Bildungswesen 64
5.3 Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt 65

6. Teilhabe und Vertretung **69**

6.1 Politik und politische Entscheidungen 69
6.2 Medien und populäre Kultur 70

7. Außenpolitik **72**

Zusammenfassung

Diese Studie soll als Ergänzung zu dem umfangreichen parallelen Forschungsbericht *Muslims in the European Union – Discrimination and Islamophobia* (Muslime in der Europäischen Union – Diskriminierung und Islamophobie) der EUMC dienen, der einen deskriptiven Überblick über die Lebensverhältnisse der Muslime in der Europäischen Union und die Erscheinungsformen der Islamfeindlichkeit bietet. Die Grundlage für den genannten Bericht bildet ein spezifisches Datenerhebungsprojekt, das die EUMC im Jahr 2005 über ihr Datenerhebungsnetz RAXEN begonnen hat. Der Bericht stellt eine Übersicht über die verfügbaren Daten zu Erscheinungsformen von Islamfeindlichkeit in allen EU-Mitgliedstaaten dar und enthält darüber hinaus Bevölkerungsdaten und Informationen zur Situation der Muslime in wesentlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, darunter Beschäftigung, Bildung und Wohnen.

Der vorliegende Bericht dient einem anderen Zweck. Er umfasst qualitative, subjektive Daten, die die eher statistisch und deskriptiv ausgerichtete Darstellung des oben genannten Berichts ergänzen sollen. Die Transkription und die Analyse der Gespräche mit Muslimen aus zehn EU-Mitgliedstaaten ermöglichen Einblicke darin, wie viele Angehörige der muslimischen Bevölkerung in der Europäischen Union Ungleichheit, Vorurteile, Diskriminierung und islamfeindliche Handlungen wahrnimmt, denen sie oder andere Mitglieder ihrer Gemeinschaft direkt ausgesetzt ist. Außerdem trägt der Bericht zu einer Erweiterung des Gesamtbildes bei, indem er Details zu Einzelvorfällen und -ereignissen beschreibt, die im anderen Bericht nur am Rande erwähnt werden.

Mit dem Bericht soll nicht bewertet werden, ob die von den Befragten geäußerten Meinungen „richtig“ oder „falsch“ sind. Er soll lediglich darstellen, worüber sich viele Muslime in der Europäischen Union Sorgen machen. Die Äußerungen der Befragten geben nicht die Meinung der EUMC wieder. Aufgrund der großen Vielfalt innerhalb der muslimischen Bevölkerung in Europa und des geringen Umfangs der Stichprobe der befragten Personen können die Gespräche nicht als „repräsentativ“ für die Meinung aller Muslime in der Europäischen Union gelten. Da es sich bei den Befragten um Einzelpersonen handelt, die in Gruppen oder Organisationen der muslimischen Gemeinschaft aktiv sind, gibt der Bericht mit großer Wahrscheinlichkeit nicht die Ansichten vieler europäischer Muslime wieder, für die ihre „muslimische“ Identität eher kultureller als religiöser Natur ist, die keine Moscheen besuchen und die politische oder religiöse muslimische Organisationen nicht als wichtig oder von Bedeutung für sie erachten. Dennoch stellen die Gespräche wertvolle und aufschlussreiche Momentaufnahmen der Meinungen, Gefühle, Ängste und Frustrationen wie auch des Optimismus und der Zukunftsvisionen dar, die viele Muslime in der EU teilen.

Methodik der Studie

Grundlage für diesen Bericht sind Gespräche mit europäischen Muslimen aus den folgenden zehn EU-Mitgliedstaaten: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, die Niederlande, Österreich, Spanien und das Vereinigte Königreich. Die Gespräche wurden zwischen August 2005 und Januar 2006 geführt. Dabei wurden die Wahrnehmungen der Befragten in Bezug auf Islamfeindlichkeit und Diskriminierung sowie Probleme bei der Integration in der Europäischen Union und das Zugehörigkeitsgefühl zur Europäischen Union untersucht. Bei den Befragten handelte es sich um muslimische Frauen und Männer (darunter viele junge Menschen), die in Moscheen, politischen und religiösen Einrichtungen, Jugendgruppen sowie Organisationen gegen Fremdenfeindlichkeit und für Menschenrechte aktiv sind. Insgesamt wurden 58 Personen entweder in direkten Gesprächen oder in Fokusgruppen junger Menschen befragt. Die Gespräche wurden auf Band aufgezeichnet und transkribiert und bieten somit einen höheren Detailgrad und subjektivere Einblicke, als dies bei anderen Erhebungsarten, z. B. Fragebögen, möglich gewesen wäre.

Änderungen seit 2001

Die Befragten gaben an, dass viele Muslime in der Europäischen Union das Gefühl haben, unter intensiver Beobachtung zu stehen. Sie stimmen darin überein, dass sich seit dem 11. September 2001, dem Tag der Terroranschläge auf New York und Washington, vieles geändert habe. Befragte aus verschiedenen Ländern berichteten von einer Zunahme offener Vorfälle alltäglicher Feindseligkeit seit dieser Zeit. Die meisten Befragten sind sich darüber einig, dass sich die Lage in den vergangenen fünf Jahren verschlechtert hat.

Staatsbürgerschaft und Ausschluss

Den Meinungen der Befragten nach fühlen sich viele Muslime in der Europäischen Union aus dem wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben ausgeschlossen. Den Antworten zufolge ist dies insbesondere in den Mitgliedstaaten der Fall, in denen ein Großteil der muslimischen Bevölkerung keine Möglichkeit hat, die Staatsbürgerschaft des jeweiligen Mitgliedstaats anzunehmen. Es ist unbestritten, dass die Staatsbürgerschaft unerlässlich ist, um ein Zugehörigkeitsgefühl herzustellen. Die Befragten nannten Beispiele dafür, wie die Verwundbarkeit von Menschen ohne Staatsbürgerschaft von Beamten, Arbeitgebern oder Vermietern ausgenutzt wird.

Die befragten Muslime gaben jedoch an, dass sie selbst dann das Gefühl haben, in gewisser Weise ausgeschlossen zu sein, wenn sie über die Staatsbürgerschaft eines Mitgliedstaats verfügen. Sie haben den Eindruck, als „Ausländer“ wahrgenommen zu werden, die eine Bedrohung für die Gesellschaft darstellen, und denen deshalb mit Misstrauen begegnet wird. Aus den Gesprächen geht hervor, dass dieses Gefühl unter den jungen Muslimen, die in Europa geboren sind, stärker präsent ist als bei

ihren Eltern. Die Angehörigen der zweiten und dritten Generation sind zwar in vielerlei Hinsicht besser integriert als die erste Generation, jedoch sind gleichzeitig ihre Erwartungen höher. Daher nehmen sie das Gefühl des Ausschlusses stärker wahr.

Erwartung der Integration

Die Befragten sind der Meinung, dass die Forderungen an Muslime, sich zu „integrieren", oftmals unangemessen und inkonsistent sind. Auch hier sind vor allem junge Muslime besonders frustriert, da sie der Meinung sind, von ihrer Seite aus bereits alles in ihrer Macht stehende dafür getan zu haben, sich zu „integrieren". Die Befragten haben das Gefühl, dass – obwohl Integration ein wechselseitiger Prozess ist – in der Praxis nur eine Seite betont wird, da auf die Muslime ein konstanter „Integrationsdruck" ausgeübt wird. Sie vertreten die Auffassung, dass ein Zugehörigkeitsgefühl eng mit der Gleichbehandlung verbunden ist, die sie von der weiter gefassten Gesellschaft erwarten. Islamfeindlichkeit, Diskriminierung und sozioökonomische Ausgrenzung würden daher eine wesentliche Rolle dabei spielen, wenn Abneigung und Entfremdung geschürt werden.

Die Befragten haben das Gefühl, dass die Gesellschaft von den Muslimen immer mehr erwartet, dass sie ihre muslimische Identität aufgeben müssen, um akzeptiert zu werden. Es herrscht der Eindruck, dass die muslimischen Werte als nicht vereinbar mit „europäischen" Werten gelten. In einigen Fällen wird die Tatsache, dass jemand religiöse Wertvorstellungen hat, als Quelle für Konflikte mit den meisten der weltlichen Wertvorstellungen in Europa erachtet. Dem Empfinden der Befragten nach wird der Islam so dargestellt, dass er die Grundwerte der europäischen Gesellschaften unterwandert, obwohl die Wertvorstellungen eines durchschnittlichen Muslims in den Augen der Befragten vollständig mit europäischen Wertvorstellungen vereinbar sind.

Verständnis des Islam

Die Befragten gaben an, dass der Beitrag der islamischen Kultur zur Weltkultur und zu Europa nur eingeschränkt anerkannt werde. Außerdem haben sie das Gefühl, dass der Beitrag, den Muslime zu den Gemeinschaften, in denen sie leben, geleistet haben, überhaupt nicht anerkannt wird.

Viele der Befragten empfinden, dass öffentliche und politische Diskussionen von einem Mangel an Verständnis hinsichtlich der Vielfalt zwischen und innerhalb der muslimischen Gemeinschaften sowie hinsichtlich des stattfindenden Wandels geprägt sind. Sie sind der Meinung, dass die Öffentlichkeit eher von Muslimen mit extremen Ansichten hört als von Muslimen, die aus ihrer Glaubensidentität Wertvorstellungen schöpfen, welche die Integration fördern und mit europäischen Wertvorstellungen vereinbar sind. Befragte junge Frauen ärgern sich darüber und fühlen sich beleidigt, wenn Menschen automatisch annehmen, dass alle Musliminnen, die ein Kopftuch tragen, dazu gezwungen werden.

Medien

Die Befragten sind der Ansicht, dass die Medien im Wesentlichen ein negatives Bild von den Muslimen vermitteln. Sie sind frustriert über die ihrer Meinung nach negative Darstellung, die durch Verzerrungen aufgrund einer selektiven Berichterstattung entstehe. Sie gaben an, dass der Islam als Folge der Behandlung von Frauen in bestimmten muslimischen Gemeinschaften oft als monolithisch, autoritär und unterdrückend gegenüber Frauen dargestellt wird. Dieser Eindruck werde jedoch dadurch verstärkt, dass Themen wie Zwangsheirat und Beschneidung von Frauen in den Medien und in öffentlichen Diskussionen konstant im Fokus stehen.

Kopftuchstreit

Offizielle politische Entscheidungen, wie Verbote für Frauen, ein Kopftuch zu tragen, sind nach Meinung der Befragten der Integration abträglich. Obwohl das Verbot von den Behörden als allgemeines Verbot für religiöse Symbole formuliert werden könne, vertreten viele Muslime die Ansicht, dass das Verbot gegen sie gerichtet ist. Die Befragten berichteten auch, dass der Kopftuchstreit im Bildungswesen die Diskriminierung in anderen Bereichen, wie der Arbeitswelt, fördert und legitimiert, und aggressivere Anti-Kopftuch-Reaktionen im Diskurs und in Vorfällen auf der Straße auslöst.

Tägliche Diskriminierung

Die Befragten gaben an, dass die Mehrzahl der Angriffe, unter denen Muslime zu leiden haben, eher verbaler als körperlicher Natur sind. Dennoch – so die Befragten – fühlen sie sich „zermürbt“ von solchen täglichen Vorkommnissen, die mit sehr viel größerer Wahrscheinlichkeit auftreten, wenn eine Person sichtbar muslimisch ist, z. B. wenn die Person ein Kopftuch trägt. Die Befragten sprachen auch von Diskriminierung beim Zugang zu Wohnungs-, Bildungs- und Beschäftigungsangeboten: Viele haben das Gefühl, dass sich Islamfeindlichkeit auch im Kleinen in alltäglichen Begegnungen, beiläufigen Bemerkungen, Witzen sowie in der Wahrnehmung und Betrachtungsweise von Muslimen durch andere ausdrückt. Im Hinblick auf das Wohnungswesen äußere sich Diskriminierung durch Fragen nach Sprachkenntnissen, Kopftüchern und der Größe der Familie des Mieters. Im Bildungswesen drücke sich die Diskriminierung in Form von Verunglimpfung der ethnischen Kultur muslimischer Schüler oder stereotyper Ansichten zu muslimischen Gemeinschaften und zum Islam aus. Hinsichtlich der Arbeitswelt berichteten die Befragten von Fällen, in denen Arbeitsagenturen von Arbeitgebern aufgefordert wurden, keine muslimischen Arbeitskräfte zu vermitteln. Außerdem erzählten mehrere Befragte, die ein Kopftuch tragen, von Schwierigkeiten bei der Suche nach einem Arbeitsplatz oder einer Wohnung.

Dienstleistungen

Nach Erfahrungen der Befragten gingen öffentliche Einrichtungen bei der Ausrichtung ihrer Dienstleistungen nicht immer auf die Bedürfnisse von Muslimen ein. Die Gespräche zeigen, dass die EU-Mitgliedstaaten in unterschiedlichem Maße auf Forderungen von Muslimen nach einer besseren Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse reagieren. Kampagnen zur Sensibilisierung für die Bedürfnisse von Muslimen haben sich oft auf die gleichen Themen konzentriert: Zugang zu und Bereitstellung von Halal-Speisen, religiöse Erziehung in Schulen, Baugenehmigung für Moscheen usw. Die Erfahrungen der Befragten mit den Reaktionen reichen von Unterstützung und Bereitschaft zur Anpassung und Änderung von Strategien über Gleichgültigkeit bis hin zu Widerstand.

Die Befragten berichteten, dass Muslime in vielen Fällen auf das Wohlwollen der lokalen Beamten und Angestellten angewiesen seien. Es wurden Beispiele angeführt, die zeigen, dass den Ersuchenden selbst dann Widerstand entgegengebracht wird, wenn das Gesetz auf ihrer Seite ist. Der Widerstand drücke sich dabei in Form von bürokratischen Hindernissen oder der Verweigerung der lokalen Beamten und Angestellten aus, sich an die Vorschriften zu halten.

Schwierigkeiten der Antidiskriminierung

Die Befragten berichteten, dass sich Muslime oft aufgrund von mangelndem Selbstvertrauen nicht gegen Diskriminierung wehren. Nach den Erfahrungen der Befragten werden die meisten Fälle von Diskriminierung und Islamfeindlichkeit einfach hingenommen. In einigen Fällen liege dies an fehlenden Gesetzen zum Schutz gegen religiöse Diskriminierung. Jedoch vertreten die Befragten selbst dort, wo solche Gesetze vorhanden sind, die Meinung, dass Kampagnen erforderlich sind, in deren Rahmen die Menschen über ihre Rechte aufgeklärt werden.

Die Unterstützung für Opfer von Diskriminierung variiert in Europa. Die Gespräche haben gezeigt, dass in einigen Mitgliedstaaten Antidiskriminierungs- und Menschenrechtseinrichtungen vorhanden sind, denen die Muslime vertrauen und die in der Lage sind, gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit vorzugehen. In anderen Ländern haben die Befragten das Gefühl, dass Beschwerden selten aktiv verfolgt werden. Dennoch zeigen die Gespräche, dass die meisten Muslime das Gesetz auch weiterhin als wichtiges Instrument zur Bekämpfung von Diskriminierung erachten.

Polizei und Strafverfolgung

In den Gesprächen wurde von positiven Bemühungen von Strafverfolgungsbehörden berichtet, sich in Gemeinschaften einzubringen und Beziehungen durch Verbindungsgruppen und Gemeinschaftsforen herzustellen. Aus den Gesprächen geht hervor, dass Muslime als Gleichberechtigte angesehen werden möchten, für die bei der Gewährleistung der gemeinschaftlichen Sicherheit genauso viel auf dem Spiel steht wie für den Rest der Gesellschaft.

Einige Befragte deuteten jedoch an, dass sie von Strafverfolgungsbehörden in der Mehrheit der Fälle als Verdächtige behandelt werden. Polizeiaktionen wirken dem Empfinden der Befragten nach besonders auf junge Menschen befremdlich. Die Befragten verspüren außerdem über folgendes empfundenes Missverhältnis Frustration: Wenn Muslime betroffen sind, werde polizeilichen Erstaktionen große Aufmerksamkeit gewidmet, während nicht erwähnt wird, wenn die Verhafteten für unschuldig befunden oder ohne Klage freigelassen werden.

Änderungen in den muslimischen Gemeinschaften selbst

Die Gespräche zeigen, dass sich viele Muslime der Tatsache bewusst sind, dass sie selbst ebenfalls mehr tun müssten, um sich in die breitere Gesellschaft einzubringen, die Hindernisse und Schwierigkeiten, denen sie gegenüberstehen, zu überwinden und eine größere Verantwortung für die Integration zu übernehmen. Die Befragten gaben insbesondere an, dass sie sich weniger nach innen gerichtet verhalten sollten. Hierzu betonten mehrere Gesprächspartner die Bedeutung der Entwicklung eines islamischen Diskurses, der den Schwerpunkt auf Integration, Einbringung und Partizipation in der weiter gefassten Gesellschaft richtet. Sie sind der Meinung, dass die Entwicklung einer nach außen offenen Gemeinschaft für eine Vertiefung und Weiterentwicklung der Integration unerlässlich ist.

Mehrere Gesprächspartner bestätigten, dass eine wesentliche Herausforderung für Moscheen darin bestehe, einen besseren Zugang für Frauen zu ermöglichen und für die Erfahrungen der zweiten und dritten Generation der europäischen Muslime eine bedeutendere Rolle zu spielen. Die Befragten räumen ein, dass muslimische Organisationen die Qualität ihrer Beiträge zu Diskussionen, die der politischen Entscheidungsfindung dienen, verbessern müssen. Muslime würden sich verstärkt politisch engagieren und sich im Rahmen lokaler und nationaler Wahlen als Kandidaten aufstellen lassen.

Die Zukunft – Optimismus und Pessimismus

Die Befragten brachten Argumente vor, die sowohl für Optimismus als auch für Pessimismus in Bezug auf die Zukunft der Muslime in der Europäischen Union sprechen. In Ländern, in denen Muslime die zweite und dritte Generation bilden, sehen die Befragten eine neue Generation sich öffentlich artikulierender, fortschrittlicher junger Menschen, die zunehmend gut gebildet sind, ihre Stellung in

der Gesellschaft festigen, motiviert alltägliche gesellschaftliche Probleme ansprechen und sich für die Entwicklung einer kohärenten und gerechten multikulturellen Gesellschaft engagieren.

Auf der anderen Seite sehen viele Befragte pessimistisch in die Zukunft, da sie befürchten, dass die Vision einer solchen Gesellschaft durch die empfundene verzerrte Darstellung in den Medien und die feindselige Gesetzgebung, den verstärkt unzumutbaren Druck und die inkonsistenten Forderungen sowie ihre Behandlung im täglichen Leben und die Folgen von Antiterrormaßnahmen untergraben wird.

Einleitung

Die Arbeitsmigration in den 1950er und 1960er Jahren führte zur Entstehung und zum Wachstum neuer muslimischer Gemeinschaften in mehreren EU-Mitgliedstaaten. Ursprünglich bestanden diese Zuwanderergemeinschaften hauptsächlich aus Männern im erwerbsfähigen Alter und wurden vorrangig anhand ihrer wirtschaftlichen Funktion („Gastarbeiter"), Hautfarbe oder Staatsangehörigkeit definiert. Mit der Einschränkung der primären Wirtschaftsmigration in den 1970er Jahren begann ein Prozess der Niederlassungen und des Familiennachzugs. Nachdem die Männer ihre Ehefrauen und Kinder ins Land geholt hatten, konzentrierte man sich auf den Aufbau einer Infrastruktur für die Gemeinschaft. Ein wachsender Anteil der muslimischen Bevölkerung gehört heute der zweiten und dritten, bereits in der EU geborenen Generation an. In den 1980er Jahren kamen Muslime auch als Asyl suchende Flüchtlinge nach Nordeuropa, anfänglich aus Afghanistan, dem Iran, dem Irak und dem Libanon, und schließlich in den frühen 1990er Jahren aus der ehemaligen Republik Jugoslawien und aus Somalia. In einigen Fällen handelte es sich um hoch qualifizierte Fachkräfte aus städtischen Zentren.

Seit den Terroranschlägen auf die Vereinigten Staaten am 11. September 2001 sehen sich viele Muslime in den EU-Mitgliedstaaten mit einem schwierigen Klima konfrontiert, wie dies von der EUMC 2001 und 2002 in einer Reihe von Berichten dokumentiert wurde, die aufzeigten, wie Muslimen zunehmende Feindseligkeit entgegengebracht wird – trotz positiver Initiativen, an denen Muslime und andere Religionsgruppen beteiligt sind und deren Ziel es ist, das gegenseitige Verständnis zu fördern, die gesellschaftliche Teilhabe zu stärken und die positive Integration von Muslimen in die Gesellschaften der EU zu verbessern.

Ziel dieser Studie ist es, eine Momentaufnahme der Wahrnehmungen von Mitgliedern muslimischer Gemeinschaften in der Europäischen Union sowie von ihren Erfahrungen, Sorgen und Erwartungen zu liefern. Diese Studie bildet eine Ergänzung zum parallelen Forschungsbericht *„Muslims in the European Union – Discrimination and Islamophobia"* (Muslime in der Europäischen Union – Diskriminierung und Islamophobie) der EUMC.

Der Bericht gliedert sich in zwei Hauptteile: Teil 1 beschreibt anhand der Äußerungen der Befragten, wie europäische Muslime Themen wie Identität und Integration wahrnehmen und wie sie auf die Ansichten und Wahrnehmungen der breiteren Gesellschaft gegenüber den Muslimen und dem Islam reagieren. Teil 2 schildert ihre Erfahrungen mit Äußerungen von Islamfeindlichkeit in verschiedenen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Schauplätzen ihres Lebens und ihre Reaktionen darauf.

Methodik

Grundlage für diesen Bericht sind bis zu zweistündige Gespräche mit Muslimen aus zehn EU-Mitgliedstaaten mit erheblichem muslimischem Bevölkerungsanteil, nämlich Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, den Niederlanden, Österreich, Spanien und dem Vereinigten Königreich. In allen Gesprächen wurde das gleiche Themenspektrum behandelt und dieselbe Methodik angewendet.[1] Alle Gespräche wurden auf anonymer Basis geführt, um eine freie und offene Diskussion zu gewährleisten, wobei den Befragten mitgeteilt wurde, dass bei Zitaten nur der betroffene EU-Mitgliedstaat genannt würde.

Die EUMC stellte eine erste Interviewliste zur Verfügung. Viele der Befragten gehörten offiziellen muslimischen Vertretungsorganisationen oder -gremien an, zu denen die Regierungen der Mitgliedstaaten Kontakt hatten. Diese erste Liste wurde durch weitere Empfehlungen seitens anderer muslimischer Einrichtungen und NRO ergänzt, an die sich die Autoren wandten. Sechs Personen dieser Gruppe waren Angehörige nationaler Vertretungsorganisationen, eine Person war Mitglied einer Vertretungseinrichtung auf kommunaler Ebene, weitere sechs waren Angehörige von Einrichtungen, die sich für Menschenrechte und gegen Diskriminierung einsetzten, zwei waren gewählte Politiker, sechs waren in religiösen Organisationen tätig, und eine Person arbeitete für eine muslimische Wohltätigkeitseinrichtung. Die erste Interviewrunde wurde gegen Ende 2005 durchgeführt. Insgesamt wurden in dieser Phase 29 Personen befragt, wobei aus jedem der zehn Mitgliedstaaten mindestens zwei Personen interviewt wurden.

Bei der Auswahl der Gesprächspartner wurde erkannt, dass es wichtig ist, Frauen und junge Menschen einzubeziehen. Bei der zweiten Interviewrunde im Dezember 2005 und im Januar 2006 nahmen daher weitere 29 Personen im Alter von 18 bis 35 aus Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich an Fokusgruppen teil. Mehr als die Hälfte davon waren Frauen. Neben Fragen der Identität, Zugehörigkeit, Integration und Diskriminierung analysierten die Gruppen auch ihre Ansichten zu den Organisationen, Einrichtungen und Führungspersönlichkeiten der muslimischen Gemeinschaft. Die Gruppen setzten sich aus jungen Menschen zusammen, die sich in lokalen muslimischen Jugendorganisationen engagierten.

Zu den Gesprächspartnern, die für Einzelgespräche ausgewählt wurden, zählten Personen, die sich in religiösen Einrichtungen und Organisationen engagieren, sowie solche, die sich selbst als laizistische Muslime beschreiben. Eine weitere Vorgabe war die Sprache. Sofern dies möglich war, wurden die Gespräche in englischer Sprache geführt. Dolmetscher kamen in vier Gesprächen und in einer der Fokusgruppen zum Einsatz.

[1] In einigen Fällen wurde in den Gesprächen aus Zeitmangel seitens des Befragten eine geringere Anzahl ausgewählter Themen behandelt.

Ziel war es, lange und eingehende Interviews mit einer kleinen Auswahl von Personen aus zehn EU-Staaten zu führen. Die Gespräche wurden auf Band aufgezeichnet und transkribiert und bieten somit mehr Details und Einblicke, als dies bei einer Erhebung mit Fragebögen möglich gewesen wäre. Der Grundgedanke lautete, die Gesprächspartner frei über all das sprechen zu lassen, was für ihrer Meinung nach problematisch ist und was sie als wichtig erachten.

Mit dem Bericht soll nicht bewertet werden, ob die von den Befragten geäußerten Meinungen „richtig“ oder „falsch“ sind. Er soll lediglich darstellen, worüber sich viele Muslime in der Europäischen Union Sorgen machen. Die Veröffentlichung einer Meinung bedeutet auch nicht, dass die EUMC die Äußerungen der Befragten notwendigerweise teilt oder unterstützt (Zitate aus den Aussagen der Befragten werden in schattierten Kästen wiedergegeben).

Die Gespräche können auch nicht als „repräsentativ“ für die Meinung aller Muslime in der Europäischen Union gelten. Dies ist aufgrund der großen Vielfalt innerhalb der muslimischen Bevölkerung in Europa und des geringen Umfangs der Stichprobe der befragten Personen nicht möglich. Bei den Befragten handelt es sich um Einzelpersonen, die in Gruppen oder Organisationen der muslimischen Gemeinschaften der zehn Mitgliedstaaten aktiv sind. Diese Methodik hat den Nachteil, dass der Bericht mit großer Wahrscheinlichkeit nicht die Ansichten vieler europäischer Muslime wiedergibt, für die ihre „muslimische“ Identität eher kultureller als religiöser Natur ist, die keine Moscheen besuchen und für die politische oder religiöse muslimische Organisationen nicht wichtig oder bedeutend sind. Dennoch stellen die Gespräche wertvolle und aufschlussreiche Momentaufnahmen der Meinungen, Gefühle, Ängste und Frustrationen wie auch des Optimismus und der Zukunftsvisionen dar, die viele Muslime in der Europäischen Union teilen.

Teil I: Muslimische Gemeinschaften in Europa

In Teil 1 dieses Berichts wird ein Blick darauf geworfen, wie die Befragten die Organisationen der muslimischen Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union beschreiben und wie die jungen Muslime die Aktivitäten von Moscheen und politischen muslimischen Organisationen sehen. Anschließend werden die Antworten der Befragten zu Fragen der Identität und Integration in den europäischen Gesellschaften untersucht, und wie diese Antworten durch rassistische Haltungen in der Mehrheitsgesellschaft sowie durch Diskussionen über „Assimilation" und „unvereinbare Werte" beeinflusst werden. Abschließend wird in Teil 1 analysiert, wie die Befragten die Zukunft der Muslime in der Europäischen Union sehen.

Die Aussagen der Befragten werden in den schattierten Kästen in *Kursivdruck* wiedergegeben.

1. Struktur und Organisation der muslimischen Gemeinschaft

1.1 Organisation

Während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kamen Muslime vor allem als Wirtschaftsmigranten in die Länder der Europäischen Union. Die meisten kamen mit dem Vorsatz, nach wenigen Jahren zu ihren Familien zurückzukehren:

> *„Die frühen Migranten waren sehr daran interessiert, die Kultur und die Traditionen ihres Heimatlands beizubehalten. Sie sprachen immer davon, nach Hause zurückzukehren. Daher war ihre Organisation nicht politisch, sozioökonomisch oder integrationsorientiert. Ihre Organisation basierte auf ethnischen Gruppen ... Zuwanderergruppen, die ihr Geistesleben und ihre Traditionen pflegen wollten. Sie trafen sich jeden Freitag, brauchten aber auch einige soziale Aktivitäten. Daher brachten sie Filme und Sänger aus ihrem Heimatland mit."* (Mann, Dänemark)

Als die Frauen und Kinder nachkamen, konzentrierte man sich verstärkt auf den Aufbau einer Infrastruktur für die Gemeinschaft. In deren Mittelpunkt stand in der Regel die Moschee der lokalen Gemeinschaft, die meist über einen Gebetsraum verfügte und nach der Schule Koranunterricht für die Kinder bot. Wie die Befragten anmerkten, dienen einige Moscheen in jüngster Zeit nicht mehr nur als

Gebetsräume, sondern auch als auch Gemeinschaftseinrichtungen allgemeiner Art. Beispielsweise gibt es in dem 2003 eröffneten muslimischen Zentrum in London, das der East London Moschee angegliedert ist, Räumlichkeiten für Meetings und Konferenzen, eine Bibliothek, ein Fitnessstudio, IT-Einrichtungen zum Üben und vieles mehr.

Die von der ersten muslimischen Generation in Nordeuropa errichteten Moscheen waren fast ausschließlich eine männliche Domäne. Einige Befragte wiesen darauf hin, dass eine der wichtigsten Herausforderungen für die Moscheen heute darin bestehe, Frauen und die jüngere Generation mehr einzubeziehen. In Deutschland wurde der Krieg in Bosnien als Katalysator für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Moscheen betrachtet. Es wurde berichtet, dass die Initiative für diese Kooperation von Frauen gekommen sei:

> *„Das kam von den Frauenorganisationen, denn Frauen denken nicht: ‚Wenn ich dorthin gehe, dann glauben die, dass ich etwas von ihnen will.' Frauen haben dieses Problem nicht. Sie gehen einfach hin und sagen: ‚Bruder, wir müssen zusammenhalten.' Das war während des Bosnienkriegs. Niemand konnte angesichts des Bosnienkriegs die Mitarbeit verweigern. ... Auch wenn man nicht in andere Moscheen ging, den Besuch der bosnischen Moschee konnte man nicht ablehnen ... das half, eine Zusammenarbeit bei anderen Themen wie Bildung aufzubauen."* (Frau, Deutschland)

Die Sprache, in der in den Moscheen gepredigt und diskutiert wird, gilt als Barriere für die Entwicklung multiethnischer Moscheen:

> *„Wir haben immer noch Moscheen, die auf der ethnischen Zugehörigkeit basieren. Der Grund dafür ist die Sprache. Es gibt nicht viele Moscheen, wo die Freitagspredigt in Holländisch gehalten wird. Wenn es das gäbe, könnten wir viele junge Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund gewinnen. Wir haben noch immer viele Moscheen, in denen das Freitagsgebet auf Arabisch, Türkisch oder Urdu gehalten wird."* (Junge Frau, Niederlande)

> *„Die junge Generation geht in verschiedene Moscheen .... Vor zehn Jahren gab es so etwas nicht, doch heute beginnen die Leute, von einer Moschee zur anderen zu gehen. Die Tatsache, dass die meisten Predigten in der Herkunftssprache gehalten werden, ist dabei nicht hilfreich. Die Türken verwenden Türkisch. Die arabischen Moscheen beginnen, auf Französisch umzustellen, aber das sind nur sehr wenige."* (Junger Mann, Belgien)

Die Befragten meinten, die Tatsache, dass die traditionellen Moscheen von Männern der ersten Generation dominiert würden, hätte die Entwicklung muslimischer Frauenorganisationen und muslimischer Jugendgruppen *außerhalb* der Struktur der Moscheen zur Folge gehabt. In Frankreich und im Vereinigten Königreich seien in jüngster Zeit muslimische Vertretungsorganisationen entstanden, die gegen

Rassismus und Islamfeindlichkeit kämpfen. Die Befragten weisen auch auf das stete Anwachsen der Zahl muslimischer Einrichtungen auf dem Gebiet der Zivilgesellschaft und des Freiwilligendienstes hin, die sich vor allem auf den Bildungs- und Wohlfahrtsbereich konzentrieren.

1.2 Die Haltung junger Menschen zu religiösen Organisationen

Viele junge Muslime stehen muslimischen religiösen Organisationen gleichgültig gegenüber. Dies gilt vor allem für junge Menschen mit türkischem Hintergrund, die einem eher laizistischen Islam anhängen. Andere, die solche Organisationen als für ihr Leben bedeutsam erachten, äußerten sich vielfach kritisch. Beispielsweise verstünden es die Moscheen oft nicht, die Bedürfnisse junger Muslime zu erfüllen oder auf ihre Anliegen einzugehen:

> *„Ich denke nicht, dass die Moscheen im Moment das Richtige tun. Wenn du in die Moschee gehst, dann ... sind da all die Prediger, die nur die alten Geschichten erzählen, das, was zur Zeit des Propheten geschah. Nie sprechen sie über die heutigen Probleme, mit denen die Jugendlichen konfrontiert sind, über die Dilemmas, vor denen sie stehen, und das, was sie erleben, wenn sie sich in der Gesellschaft draußen bewegen. Ein anderes Problem ist meiner Meinung nach, dass die Imame, die jetzt in der Moschee eine zentrale Rolle spielen, nicht in Holland aufgewachsen sind. Sie kommen hauptsächlich aus der Türkei oder aus Marokko; daher kennen sie die Situation in Holland überhaupt nicht ... sie bekommen keine Verbindung zu den Leuten hier."* (Junger Mann, Niederlande)

In Deutschland wurde festgestellt, dass die jungen Muslime nicht in die Moscheen gehen wollen und die Moscheen keinerlei Programme für Jugendliche hätten. Auch im Vereinigten Königreich äußerte sich eine Befragte ähnlich:

> *„Ich denke nicht, dass die jungen Menschen von den Moscheen erwarten, dass sie sich um ihre Anliegen kümmern. Da die Moscheen so sind, wie sie eben sind, betrachten die Menschen sie als Ort, den man betritt, in dem man seine Gebete verrichtet und den man dann wieder verlässt. Sie sollten aber etwas anders für unsere Gemeinschaft sein. Ich denke, in diesem Sinne versagen sie, denn sie sollten nicht nur ein Ort zum Beten sein, sondern der Mittelpunkt unserer Gemeinschaft ... Die Moscheen predigen zu den Bekehrten, zu jenen, die bereits religiös sind, praktizieren und die Moschee besuchen. Doch jene, auf die das nicht zutrifft, machen einen großen Bogen darum, vor allem, weil man etwas sein soll, was man nicht ist, oder weil man sich nicht besonders willkommen fühlt, wenn man nicht auf eine bestimmte Weise gekleidet ist."* (Junge Frau, Vereinigtes Königreich)

Manche sehen die in den Moscheen verwendeten traditionellen Unterrichtsmethoden als besonderes Problem:

> *„Die Moscheen, in denen ich aufgewachsen bin, entsprachen meiner Meinung nach nicht wirklich den Bedürfnissen junger Menschen ... der Unterricht dort bestand aus Auswendiglernen und Vorträgen darüber, was Islam ist. Es wurde kein Wert darauf gelegt, den Islam zu verstehen und ihn den muslimischen Jugendlichen auf adäquate Weise näher zu bringen. Die verwendeten Lehrmittel waren nicht aktuell, sondern von zu Hause mitgebracht. ... Die Imame waren mit der Situation der jungen Menschen hier in Deutschland nicht vertraut."* (Junger Mann, Deutschland)

> *„Sie vermitteln nur eine sehr patriarchalische, traditionelle, restriktive, schreckliche Version, die von Grund auf abstoßend ist. Ich denke nicht, dass ich heute eine Muslimin wäre, wenn ich den Islam nicht alleine entdeckt hätte."* (Junge Frau, Vereinigtes Königreich)

Die in den Moscheen verwendete Sprache wurde in den meisten Gruppen als kritischer Punkt bezeichnet. Wie zum Beispiel ein deutscher Befragter anmerkte, wird in Deutschland in den Moscheen Türkisch, Arabisch oder Bosnisch gesprochen – Sprachen, die die Jugendlichen in Deutschland jedoch nicht sehr gut beherrschen. Die jungen Menschen in den Fokusgruppen waren der Ansicht, die Moscheen sollten mehr tun, um sie einzubinden:

> *„Die Moscheen bieten nicht viel für Jugendliche – nur Kleinigkeiten wie sportliche Aktivitäten oder Snooker-Tische. ... Die ältere Generation ist aber dagegen ... – ihrer Meinung nach gehört das nicht zu den Aktivitäten, die eine Moschee anbieten sollte. Sie haben eine andere Auffassung von dem, was eine Moschee sein sollte, nämlich ein Ort, wo man vor dem Imam sitzt und zuhört. Hier darf man nur lernen, aber nicht gesellig sein und Freizeit verbringen. Sie haben diese altmodische Vorstellung von Vorträgen und Religionsunterricht."* (Junger Mann, Deutschland)

> *„Ich denke, sie (die Moschee) ist ein wenig abgeschottet und von der breiteren Gesellschaft isoliert. Es mangelt ihr an Verständnis ... doch langsam kommen auch junge Menschen in die Vorstände und sie fördern einen engeren Kontakt mit der Gemeinschaft."* (Junge Frau, Vereinigtes Königreich)

Eine andere Gesprächspartnerin aus dem Vereinigten Königreich meinte, die jungen Menschen hätten zwar eine Beziehung zur Moschee, diese würde jedoch nicht die Bedürfnisse aller jungen Muslime erfüllen.

> *„...die Bücher, die sie lesen, handeln alle vom Islam und von nichts anderem. Doch andere junge Muslime, solche, die zwar täglich fünfmal beten, aber sonst nicht streng islamisch leben, fühlen sich ausgeschlossen."* (Junge Frau, Vereinigtes Königreich)

Ein entscheidender Problempunkt ist auch die Kontrolle über die Moscheen und ihre Führung. Die Moscheen befinden sich noch immer in der Hand der älteren Generation, und die Teilnehmer der Fokusgruppen argumentierten, man müsse mehr tun, um die Teilhabe junger Menschen zu fördern und zu erleichtern.

> *„Die Gründer der Moschee ... sind Leute der ersten Generation, die heute vielleicht 55 oder sogar 60/65 Jahre alt sind .... Sie haben jüngeren Menschen keine Gelegenheit gegeben, in den Vorstand zu kommen. Daher wissen sie nicht, was jetzt in Holland und in Europa passiert. Im Fernsehen und in den Nachrichten informieren sie sich immer nur darüber, was in der Heimat geschieht. ... Ich denke, es wäre eine gute Lösung, jüngeren Leuten, die - sagen wir – 20 bis 25 oder auch 30 Jahre alt sind und gut Holländisch sprechen, die Chance zu geben, in den Vorstand zu kommen; das würde die Kommunikation mit der jüngeren Generation in der Moschee stark verbessern. Das ist zurzeit ein wichtiges Thema."* (Junger Mann, Niederlande)

Es wurden auch Beispiele von Moscheen genannt, die erfolgreich mit den Jugendlichen kommunizieren und ihnen den Islam auf eine Weise nahe bringen, die ihrem heutigen Leben in der Europäischen Union angemessen ist:

> *„In unserer Stadt haben wir eine internationale Moschee, und diese Moschee kaufte ein Jugendzentrum, so dass wir eine Moschee mit einem Jugendzentrum haben. Viele Jugendliche kommen hierher, können miteinander sprechen und voneinander lernen. Das ist eines der sehr seltenen positiven Beispiele."* (Junge Frau, Deutschland)

Eine weitere Befragte aus Frankreich äußerte sich positiv zur heutigen Rolle der Moschee.

> *„Wir sehen Auswirkungen in allen Wohnvierteln. In den Moscheen wird mehr und mehr Französisch verwendet, und die Behörden beginnen zu erkennen, welch wichtige Rolle die muslimischen Einrichtungen spielen. Während der jüngsten Ausschreitungen riefen viele muslimische Verbände die Leute zur Ruhe auf. Ich denke, da wird ausgezeichnete Arbeit geleistet."* (Junge Frau, Frankreich)

> *„Ich bin in einer sehr engen muslimischen Gemeinschaft aus Bangladesh aufgewachsen, in der es sehr patriarchalisch, kultiviert und traditionell zugeht. Die Moscheen waren ein recht sicherer Hafen, auch für junge muslimische Frauen und für Mütter. Die Imame, die wir hatten, waren sehr gut und brachten uns viel Verständnis entgegen.“* (Junge Frau, Vereinigtes Königreich)

Die Befragten berichteten über bedeutsame Veränderungen bei der Führung der Moscheen:

> *„Es findet ein Generationswechsel statt. Leute, die hier aufgewachsen sind, übernehmen nun die Führung oder Toppositionen in den Einrichtungen. Im Gegensatz zu ihren Eltern – oder wer immer auch die Einrichtungen gründete – wissen sie, was vorgeht.“* (Junger Mann, Deutschland)

> *„Wenn Sie die Moscheen ansehen – vor 20 Jahren war da kein Platz für Frauen. Sie wurden zwar nicht gerade vom Moscheebesuch abgehalten, es gab aber auch keine Einrichtungen für sie. Das ändert sich jetzt, es wird dynamischer, innovativer; junge Menschen werden stärker einbezogen. Heute sind auch junge Leute in den Vorständen.“* (Junge Frau, Vereinigtes Königreich)

In den Fokusgruppengesprächen wurden die jungen Muslime gefragt, welches ihrer Meinung nach die wichtigsten, für junge Muslime relevanten Themen seien, mit denen sich die Moscheen nicht beschäftigen. Solche Themen waren ihren Angaben zufolge Fragen rund um die täglichen Interaktionen und Aktivitäten, Beziehungen, Sexualität, Kriminalität und Drogen. Die jungen Befragten aus den Niederlanden erwähnten Probleme mit der Beziehung zu Niederländern am Arbeitsplatz oder in der Schule.

> *„Für eine berufstätige Frau zum Beispiel stellen sich verschiedene Fragen darüber, wie man mit Männern spricht, wie man sich unter Männern und Frauen verhält, wie man auf Partys, am Arbeitsplatz oder bei Einladungen an andere herangeht. Wenn man solche Fragen einem gewöhnlichen Imam stellt, weiß er keine Antwort – da eine Frau tradionellerweise nicht arbeitet.”* (Junger Mann, Niederlande)

Ein Befragter erklärte, dies habe zur Folge, dass *„man die Antworten alleine finden und viele Konflikte bewältigen muss – äußere Konflikte mit den Menschen rund um dich, und auch innere Konflikte.“*

> *„Ich denke, die Imame kennen die richtige Antwort nicht, deshalb verteidigen sie sich und sagen: „Unserer Tradition und Kultur zufolge gehört es sich nicht, zu Partys, Einladungen oder dergleichen zu gehen.“ Doch ihnen ist nicht klar, dass man zu einem Außenseiter, einem Einzelgänger wird, der nie zu einer Gruppe gehört, wenn man das nicht tut.“* (Junger Mann, Niederlande)

Andere Teilnehmer aus den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich meinten, es gebe eine ganze Reihe von Problemen, über die man in der Moschee nicht sprechen könne.

> *„Verliebt sein, Sexualität, all das ist wirklich ein Problem. Man kann nicht darüber sprechen, ganz gleich, auf welche Weise man es versucht. Darüber wird nicht geredet. Doch das sind Dinge, die den Jugendlichen wirklich wichtig sind."* (Junger Mann, Niederlande)

1.3 Die Ansichten der jungen Menschen über die muslimischen Organisationen

In vielen Ländern haben sich die muslimischen Organisationen zu Dachverbänden zusammengeschlossen. Die jungen Muslime der Fokusgruppen in Deutschland, den Niederlanden und im Vereinigten Königreich waren allgemein der Ansicht, die muslimischen Dachverbände würden sich nicht um die jungen Menschen kümmern und auch nicht deren Ansichten vertreten:

> *„Junge Muslime fühlen sich nicht vertreten. Diese Organisationen sind nur Repräsentanten gegenüber der Öffentlichkeit, doch ich denke, die Jugendlichen sind nicht der Ansicht, dass da viel dahinter ist. Es ist bloß eine Art Maske."* (Junger Mann, Deutschland)

> *„Ich denke, es ist unfair zu sagen, die Führer sollten die gesamte muslimische Gemeinschaft oder die jungen Muslime vertreten. Das ist etwas schwierig, denn wir sind alle sehr verschieden. Was wir gemeinsam haben, das ist unsere Religion, doch sonst sind wir komplett verschieden."* (Junge Frau, Vereinigtes Königreich)

In der deutschen Fokusgruppe wurde auch die Zersplitterung und mangelnde Einheit der Dachverbände kritisiert. Im Vereinigten Königreich waren die Fokusgruppenteilnehmer äußerst unterschiedlicher Meinung darüber, inwieweit die Dachverbände die muslimische Gemeinschaft und die jungen Menschen vertreten können oder sollen:

> *„Da gibt es den allgegenwärtigen MCB [Muslim Council of Britain – Rat der britischen Muslime], aber ich weiß nicht – für mich ist das bloß ein Männerclub."* (Junge Frau, Vereinigtes Königreich)

> *„Ich denke, da gibt es ein Missverständnis, was den MCB betrifft. Es hat den Anschein, dass er nur aus asiatischen Männern besteht, aber da gibt es unterschiedliche Leute. Es ist ganz interessant, ihnen zuzusehen. Wir erwarten vom MCB, dass er über alles und für alle spricht. Meiner Meinung nach suchen sie sich einige der zentralen Interessen und Themen heraus, die die muslimische Gemeinde*

> *bewegen, und sie behandeln diese Themen in einem gewissen Ausmaß, wie zum Beispiel den Kampf gegen den Terror, den Irakkrieg usw. Es ist nicht genau zu erkennen, was sie tun ... ich denke, es könnte mehr und besser sein. ... Ich bin so weit, dass ich an den Führern und an ihrer Fähigkeit, für uns alle zu sprechen, zweifle. Ich denke, das tun sie nicht, und sie geben auch gar nicht vor, es zu tun."* (Junge Frau, Vereinigtes Königreich)

Eine andere britische Teilnehmerin äußerte eine ähnliche Ansicht zum Muslim Council of Britain:

> *„Gelegentlich treten sie als Vertretungsgremium der Muslime auf. Wenn das misslingt, fallen alle über sie her. Doch dafür, was sie sind – eine Gruppe asiatischer Männer aus der Mittelklasse – leisten sie ganz gute Arbeit. Man kann nicht von ihnen erwarten, dass sie dynamisch sind und die Ansichten der Jugendlichen vertreten, denn sie sind nun mal keine jungen Leute."* (Junge Frau, Vereinigtes Königreich)

Eine Befragte aus den Niederlanden war der Meinung, die Dachverbände in den Niederlanden würden anders behandelt:

> *„Ich glaube, im Vereinigten Königreich ist die Situation viel besser als in Holland. Sie (die muslimischen Dachverbände) werden von der Regierung wirklich anerkannt. Hier werden sie zwar anerkannt, aber nicht wirklich als Akteur in einer Gemeinschaft gesehen."* (Junge Frau, Niederlande)

Es wurde auch berichtet, dass viele Organisationen erst in jüngster Zeit begonnen hätten, sich für die in Europa geborenen jungen Muslime zu engagieren:

> *„Lange Zeit waren sie nur mit Organisationen oder Bewegungen im Heimatland in Kontakt. Jetzt haben sie erkannt, was ihre Aufgabe in den europäischen Gesellschaften ist. Sie haben erkannt, dass ihr Schwerpunkt in Europa ist, dass sie lange hier bleiben werden, dass sie ihre Ressourcen und ihre Arbeit in Europa einbringen müssen und dass sie sich nicht immer nur darum kümmern dürfen, was in ihrem Herkunftsland passiert. ... Der Prozess läuft, er ist für die Muslime hier in Europa ein guter und positiver Schritt nach vorne. Wir haben aber noch einen langen Weg vor uns."* (Junger Mann, Deutschland)

In Frankreich wurde berichtet, dass die Dachorganisationen allmählich anerkannt würden:

> *„Ich denke, die Muslime fühlen sich in den letzten Jahren besser vertreten als in der Vergangenheit, vor allem durch den Französischen Rat für den muslimischen Glauben (Conseil français du culte musulman, CFCM), der vor vier Jahren gegründet wurde.. Der CFCM spielt eine wichtige Rolle, indem er die Präsenz und die Akzeptanz des Islam in Frankreich gewährleistet. ... Doch im Moment vertritt er noch nicht die gesamte muslimische Gemeinschaft, vor allem weil er noch nicht sehr gut bekannt ist.“* (Junger Mann, Frankreich)

> *„Meiner Meinung nach fühlen sich die meisten Muslime durch die muslimischen Einrichtungen vertreten, vor allem durch den CFCM, aber auch durch andere Verbände: Die Union der muslimischen Organisationen in Frankreich (Union des organisations islamiques de France, UOIM) organisiert zum Beispiel einen jährlichen Kongress, an dem 100.000 Muslime teilnehmen. Auf diese Weise fühlen sich die Leute natürlich vertreten und denken, Organisationen wie diese würden im Interesse ihrer Gemeinschaft arbeiten.“* (Junger Mann, Frankreich)

2. Identität und Integration in die breitere Gesellschaft

2.1 Wahrnehmungen von innen

2.1.1 Staatsbürgerschaft

Den Aussagen der Befragten zufolge ist das Thema „Identität und Zugehörigkeit“ für Muslime komplex und facettenreich. Die Teilnehmer nannten den Zugang zur Staatsbürgerschaft als entscheidende Voraussetzung dafür, sich zugehörig und akzeptiert zu fühlen. Die Staatsbürgerschafts- und Einbürgerungsgesetze weisen erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten auf und spiegeln das Ausmaß wider, in dem die Muslime in diesen Staaten tatsächlich Bürger sind. Im Vereinigten Königreich zum Beispiel führte das historische Erbe des Kolonialismus dazu, dass die meisten Muslime, die als Migranten in das Land kamen, Untertanen oder ehemalige Untertanen der Krone waren und die britische Staatsbürgerschaft erwerben konnten. Nach Deutschland hingegen kamen die Muslime als „Gastarbeiter“. Der Erfahrung der Befragten zufolge werden sie noch immer als solche betrachtet, selbst wenn sie in Deutschland geborene Muslime der zweiten und dritten Generation sind. Die Befragten erklärten, das Recht auf Staatsbürgerschaft sei eine entscheidende Frage für die Muslime in Deutschland. Sie

schätzen, dass von den drei Millionen Muslimen in Deutschland nur 600.000 die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Sie betonten, die Muslime ohne Staatsbürgerschaft würden sich als Bürger zweiter Klasse fühlen:

> *„Es besteht eine große Kluft zwischen Muslimen mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft, denn Leute ohne deutsche Staatsbürgerschaft sind Außenseiter. Sie fühlen sich als Außenseiter. Sie haben das Gefühl, dass sie gar nichts tun können.“* (Frau, Deutschland)

Es ist klar, dass die fehlende Staatsbürgerschaft auch ein Gefühl der Verwundbarkeit mit sich bringt, das von anderen ausgenützt werden kann. Ein Befragter aus Deutschland berichtete, dass Türken einer ausführlichen und detaillierten Befragung unterzogen würden, wenn sie eine Erneuerung ihres Visums beantragen:

> *„Zuerst sagen sie dir, dass du die Beantwortung von Fragen nicht verweigern darfst. ‚Du bist nicht bei Gericht.' Vor Gericht hat man das Recht, die Antwort auf Fragen zu verweigern. Also hat man* kein Recht*, das abzulehnen. ‚So, wohin gehen Sie? Was machen Sie? Sind Sie in Ausbildung? Warum sind Sie in Ausbildung?' ... Sie sagen dir, „wir werden Ihr Visum verlängern, aber dafür werden Sie versprechen und unterschreiben, dass Sie diese Moschee oder jene Gemeinde nicht wieder besuchen, dass Sie dies und jenes nicht mehr tun.' .... Ich kenne viele Leute, die vor Gericht gehen wollten, um wegen dieses Verhaltens zu klagen ... doch am Ende bieten sie dir an, dein Visum zu verlängern.“* (Mann, Deutschland)

> *„Ich sage Ihnen ehrlich, viele Leute denken daran, Deutschland zu verlassen. In einer Münchner Schule haben zum Beispiel 25 Prozent der Schüler die Schule verlassen, weil ihre Eltern aus Deutschland weggegangen sind. Sie sind freiwillig gegangen, nicht zwangsweise. Viele Leute überlegen sich die Sache neu.“* (Mann, Deutschland)

Gleichzeitig erklärten die Befragten, Muslime mit Staatsbürgerschaft hätten das Gefühl, dass ihre Loyalität zum Staat ständig angezweifelt werde. Ein Gesprächsteilnehmer verwies auf einen Vorfall, der in ihm den Eindruck erweckte, dass man trotz Staatsbürgerschaft noch immer als Ausländer betrachtet werde:

> *„Da gibt es den berühmten Fall von Ferestha Ludin, die in Deutschland Lehrerin werden wollte. In der Presse wurde sie immer als afghanische Lehrerin beschrieben, aber sie war deutsche Staatsbürgerin. Sie war schon jahrelang deutsche Staatsbürgerin, aber keine Zeitung erwähnte das. Sie war immer die Lehrerin aus Afghanistan [wurde so beschrieben], die in Deutschland unterrichten wollte. Ich meine, man muss Deutscher [Staatsbürger] sein, um in einer deutschen Schule unterrichten zu können, aber niemand weiß das. Das Problem war, dass sie ein Kopftuch trug.“* (Mann, Deutschland)

> *„Es ist nahezu unmöglich zu sagen, „ich bin Deutsche und ich bin Muslimin.“ Wenn sie sehen, dass du Muslimin bist, dann verstehen sie nicht, dass du Deutsche bist. Sie können das nicht verstehen. Wie kann sie Deutsche sein, obwohl sie Muslimin ist? ... Sie denken immer, dass du weit weg bist, dass du seltsam bist, dass du anders bist.“* (Frau, Deutschland)

Die Befragten beschrieben Fälle, in denen Beamte den Kontakt zu muslimischen Organisationen oder die Mitgliedschaft bei solchen Organisationen als unvereinbar mit der Staatsbürgerschaft eines europäischen Landes erachteten:

> *„Aber das ist eine ... offizielle demokratische Partei, die in einem demokratischen Staat regiert, der ein potenzielles* Mitglied *der Europäischen Union ist. Wie können sie fragen, ob man Mitglied ist? Und wenn es so wäre, was würde das bedeuten? Sie ließen die Frage schließlich fallen, weil sie sehr kontrovers war und weil die Medien darauf eingingen. ... Doch der Vorfall zeigt, wie sich die Denkweise seit dem 11. September verändert hat, er zeigt, dass jemand, der gläubig ist, plötzlich als ungeeignet für die Staatsbürgerschaft betrachtet wird, was vor einigen Jahren noch niemand gesagt hätte.“* (Mann, Deutschland)

In den letzten Jahren wurden die Gesetze in Dänemark verschärft, so dass es für bereits im Land Lebende schwieriger geworden ist, die Staatsbürgerschaft zu erwerben. Die Befragten interpretieren dies als Signal seitens der dänischen Gesellschaft, dass sie nicht erwünscht sind.

In Spanien, wo die muslimische Bevölkerung großteils aus Immigranten der ersten Generation besteht, berichteten die Befragten, dass es Versuche seitens der Regierung gegeben habe, den Aufenthaltsstatus illegaler Einwanderer zu legalisieren. Die befragten Muslime verglichen die Maßnahmen der vorherigen spanischen Regierung, die bestrebt war, die Einwanderung aus Südamerika zu verstärken, mit den Maßnahmen der jetzigen Regierung, die die Möglichkeit zur Immigration aus Marokko wiedereröffnet hatte. Der Ansicht der Befragten nach verhält sich diese Regierung freundlicher gegenüber Muslimen.

2.1.2 Veränderung der Wahrnehmung über die Generationen: Die erste Generation

Es ist klar, dass bei der Art, wie die Muslime ihre Beziehung zur breiteren Gesellschaft wahrnehmen, erhebliche Generationsunterschiede festzustellen sind. Die in Nordeuropa lebenden Befragten meinten, die Zuwanderer der ersten Generation seien zwar körperlich, nicht aber geistig in Europa angekommen:

> *„Die erste Generation kam hierher, um zu arbeiten und wieder zurückzukehren, vielleicht kann man da kein Zugehörigkeitsgefühl*

> *entwickeln. ... Leider bleiben sie so womöglich für den Rest ihres Lebens Fremde. ... Ich denke, Leute, die in Frankreich geboren sind, in Frankreich leben und nur Frankreich kennen, fühlen sich als Teil der französischen Gesellschaft."* (Mann, Frankreich)

Der Prozess der Familienzusammenführung bedeutete, dass auf die Generation von Menschen, die als Gastarbeiter nach Europa reisten, eine Generation folgte, die als größere Kinder in die Europäische Union kamen. Einige Befragte bezeichneten diese Gruppe als „verlorene Generation".

> *„...sie waren oft weder Mitglieder der Gesellschaft, in der sie lebten – nicht akzeptiert, nicht integriert – noch echte Mitglieder der Gesellschaft ihres Heimatlandes. Sie vergaßen mit der Zeit ihre Muttersprache, lernten aber auch nicht die Sprache des Landes, in dem sie lebten." (Mann, Österreich).*

Der Erfahrung eines anderen Befragten zufolge war dies die Generation, die die schärfste und offenste Form von Diskriminierung erlitt.

> *„... sie wurden von den Mitschülern ihrer Klasse diskriminiert und hatten Lehrer, die nicht willens oder in der Lage waren, sich mit dem Problem zu beschäftigen. Die Gesellschaft hat nun die Folgen dieser fehlenden Unterstützung dieser Generation zu tragen."* (Mann, Belgien)

2.1.3 Veränderung der Wahrnehmung über die Generationen: Die zweite Generation

Die Befragten erklärten, die in Europa geborenen Muslime der zweiten Generation würden sich durch das Ausmaß unterscheiden, in dem sie sich selbst als Muslime identifizieren. Eine Gruppe unter diesen Muslimen der zweiten Generation umfasst jene, die als Gegensatz zur europäischen Gesellschaft eine bewusste muslimische Identität entwickeln:

> *„Sie durchliefen einen Prozess mit einigen Einschränkungen, d. h. sie entdeckten nicht die wahre Identität des islamischen Glaubens und der islamischen Lebensweise neu, sondern sie absolvierten, wie ich sagen möchte, einen Identitätsbildungsprozess, der sie dazu brachte, eine islamische Identität wiederzuentdecken, aber als Gegensatz zur westlichen Kultur und Identität."* (Mann, Italien)

Eine andere Gruppe, die ebenfalls eine religiöse Identität geltend macht, ist sich jedoch der Notwendigkeit bewusst geworden, den Islam im Kontext des neuen Landes zu sehen. Eine Schlüsselfrage für diese Gruppe ist, wie weit die Gesellschaft den Unterschied zu akzeptieren gewillt ist und ihnen den Ausdruck ihrer religiösen Identität erlaubt.

> *„Für die französische Mentalität ist es noch immer schwer zu akzeptieren, dass sich die Gesellschaft verändert hat, dass sie vielfältiger geworden ist. Die Leute haben Menschen, die anders sind, noch immer nicht akzeptiert. Man muss wie sie sein. Doch was bedeutet ‚wie sie sein'? ... Die Geschichte wiegt schwer in dieser Situation. Die Beziehung zwischen Frankreich und seinen ehemaligen Kolonien spielt* immer noch *eine wichtige Rolle. Sie haben einen Überlegenheitskomplex, obwohl wir zusammen leben, zusammen aufgewachsen sind, die gleichen Schulen besucht haben und im gleichen Viertel gelebt haben. Trotzdem besteht noch immer ein Unterschied zwischen ihnen und uns. Sie betrachten uns als Fremde, nicht als Franzosen. Was die Gesetzgebung betrifft, so sind die Unterschiede nicht so offensichtlich, da das Gesetz keinen Unterschied zwischen den Bürgern des Landes macht. Das echte Problem liegt bei dem Einzelnen und bei der Mentalität des Einzelnen."* (Mann, Frankreich)

Aus den Gesprächen geht hervor, dass die Muslime dieser Gruppe oft den Eindruck haben, sie müssten sich assimilieren, um dazuzugehören:

> *„Die Gesellschaft hat von der zweiten Einwanderergeneration verlangt, sich zu integrieren, und das ist dieser Generation gut gelungen. In gewisser Weise respektieren wir Frankreich mehr als manche Einheimische; was wollen sie mehr? Sollen wir unsere Religion aus der Gleichung nehmen, trinken wie sie, essen, was sie essen? ... Wenn die Menschen nicht bereit sind, diese einfachen Unterschiede anzuerkennen, wird jeder für sich bleiben, und die Kluft zwischen uns, die sich vor 20 bis 25 Jahren zu schließen begann, wird wieder größer und größer werden ... Wir haben wohl alles getan, was wir konnten: Ich habe Qualifikationen erworben, ich arbeite, ich lebe wie ein normaler Franzose, doch ich bin nicht sicher, ob ich in den Augen meiner Mitbürger ein Franzose bin."* (Mann, Frankreich)

> *„Die Frage lautet nicht: ‚Ist es möglich, ein französischer Muslim zu sein?' Sie lautet vielmehr: ‚Kann Frankreich einen französischen Muslim als Franzosen und Muslim zugleich akzeptieren?' Das ist zurzeit das Problem in Frankreich."* (Mann, Frankreich).

Die Gespräche bestätigen, dass für manche die ethnische Zugehörigkeit entscheidender für die Identität ist als die Religion. Dies gilt insbesondere für Türken und Kurden. Die Gespräche zeigen aber auch, dass für viele Muslime das Zusammenspiel zwischen ethnischer und religiöser Identität sehr komplex ist. Beispielsweise merkten die Befragten an, dass für viele Araber und Pakistani das Muslim-Sein als integraler Bestandteil dieser ethnischen Identität gilt. Darüber hinaus wiesen die Befragten darauf hin, dass diese komplexe Beziehung zwischen ethnischer und religiöser Identität durch die Tatsache weiter verfestigt wird, dass in einigen Staaten im öffentlichen Diskurs „Muslim" als Synonym für eine bestimmte ethnische Gruppe verwendet wird. In Frankreich gilt dies zum Beispiel für Araber

aus dem Maghreb, im Vereinigten Königreich für Pakistani und Bangladescher, in den Niederlanden und in Belgien für Marokkaner und in Deutschland für Türken:

> *„Ich bin deutscher Staatsbürger, seit ich 18 bin, ich habe keine türkische Staatsbürgerschaft. Wenn Sie die Deutschen fragen, so würden mich viele wohl als ‚Türken mit deutschem Pass' beschreiben. Diesen Ausdruck hört man oft in Deutschland. ... Warum? Weil ich keinen typisch deutschen Namen habe und kein Christ bin; für viele Deutsche ist das etwas, was es unmöglich macht, ein richtiger Deutscher zu sein ... So fühle ich mich zwar als Deutscher, doch für viele Leute bin ich kein vollwertiger, echter Deutscher."* (Junger Mann, Deutschland)

> *„Ich bin erstaunt, wie viele sehr gebildete Leute in meinem eigenen Freundeskreis plötzlich sagen ‚ihr Muslime'. Ich antworte dann immer: ‚Entschuldige? Von wem sprichst du? Haben wir zwei Hörner und einen Schwanz? Wer bin ich? Ich bete nicht und halte den Ramadan nicht ein, warum sagst du dann ‚ihr Muslime' zu mir? ... In den Köpfen der Dänen gibt es keinen Unterschied zwischen Türken, Marokkanern oder sonst wem, sie sind alle Muslime, und als* solche *ein Problem für die Gesellschaft. ... Daher heißt es in diesen Diskussionen – und von denen gibt es viele, sehr viele – immer ‚diese Muslims'. Und ich frage dann immer: ‚Von wem sprichst du? Sprichst du von Pakistani, Türken, Marokkanern, Bosniern, Bangladeschern?' Sie werfen alles in einen großen Topf, auf dem geschrieben steht: ‚Problem'".* (Mann, Dänemark)

Auch jene Teilnehmer, für die ihre Religion ein wichtiger Teil ihrer Identität ist, haben das Bedürfnis, in den Augen der anderen mehr als nur ein Muslim zu sein:

> *„Die erste Frage lautet, ob du ein Muslim oder kein Muslim bist. Alle sehen nur das Muslimische. Es kümmert sie nicht, ob ich Lehrer oder Vater oder Großvater bin, ob ich Kinder habe. Das Wichtigste für sie ist die Tatsache, dass ich Muslim bin. Sie wollen wissen, was für eine Art Muslim ich bin. ‚Bist du ein liberaler Muslim? Bist du ein Fundamentalist?'"* (Mann, Niederlande)

Die Gespräche zeigen, dass in den Augen der meisten Muslime die zweite und dritte Generation in vielerlei Hinsicht besser in die Gesellschaft integriert ist als die erste, und zwar was die Kommunikationsfähigkeiten, das Wissen über die Gesellschaft und das Verständnis der Gesellschaft betrifft. Doch im Gegenzug sind auch die Erwartungen der zweiten und dritten Generation höher.

> *„...* (sie sind) *zorniger als die Älteren, denn die Älteren waren schon dankbar, wenn man sie in Ruhe ließ. Die jungen Leute sind sehr laut und bestehen auf ihren Rechten."* (Mann, Dänemark)

2.1.4 Die Auswirkungen von Islam- und Fremdenfeindlichkeit auf die Integration

Es versteht sich von selbst, dass das Gefühl der Zugehörigkeit für Muslime eng damit zusammenhängt, wie sie sich von der breiteren Gesellschaft behandelt fühlen. Die Gespräche zeigen, dass Rassismus, Islamfeindlichkeit, Diskriminierung, sozioökonomische Ausgrenzung und mangelnde Akzeptanz der Muslime seitens der Gesellschaft die Hauptgründe für ihre Unzufriedenheit sind. Die Befragten aus Dänemark, Deutschland, Frankreich und den Niederlanden äußerten sich recht ähnlich zu diesem Problem:

> *„Was die emotionale Bindung betrifft, so denke ich, dass sich viele ethnische Minderheiten mit muslimischem Hintergrund unterdrückt und nicht akzeptiert fühlen; und wenn man sich nicht akzeptiert fühlt, so kommt einmal die Zeit, wo man sich eben abwendet. Daher denke ich, dass diese Desintegration nicht das Werk der muslimischen Gemeinschaften, sondern der Mehrheitsgesellschaft ist, die sich geweigert hat, die Muslime zu akzeptieren, ihnen einen Platz in ihrer Gesellschaft einzuräumen ... die meisten muslimischen Menschen denken, dass das jetzt ihr Land ist, dass sie hier leben und ein Teil davon sind ... aber sie sind sehr zornig.“* (Mann, Dänemark)

> *„Ich bin hier geboren und aufgewachsen ... ich sage Ihnen, von Kindheit an wollte ich Teil dieser Gesellschaft sein, doch schließlich habe ich herausgefunden, dass nicht ich derjenige bin, der entscheidet. Selbst wenn ich für mich beschließe, Teil dieser Gesellschaft zu werden, so kann ich das nicht, solang sie mich nicht akzeptieren. Viele junge Menschen der zweiten und dritten Generation haben große Probleme damit, sich als Teil der Gesellschaft zu fühlen.“* (Mann, Deutschland)

> *„Grundsätzlich betrachten sich die Mitglieder der französischen muslimischen Gemeinschaft als vollkommen integriert und als echten Teil der französischen Gemeinschaft. Sie leben als Franzosen, und für die französischen Muslime ist wenig Unterschied zwischen Franzosen und Muslimen. Doch durch die Islamfeindlichkeit und die Hassbezeugungen gegenüber der muslimischen Gemeinschaft haben sie in der Gesellschaft und im jetzigen Kontext das Gefühl, ausgeschlossen und außerhalb der französischen Gemeinschaft zu sein.“* (Junge Frau, Frankreich)

> *„Ich denke, wenn man eine Gruppe stigmatisiert, ... ihnen den Zugang zu Jobs verwehrt, sie in Ghettos leben lässt, wenn man diese Leute also ständig stigmatisiert und ihnen ihr Leben nimmt, aus welchem Grund auch immer, so kann das zu [Ausschreitungen] führen. Nicht in naher Zukunft, denn wir haben noch immer Chancen, wir können studieren und finden Jobs, doch es kommt vor, dass Leute*

Holland verlassen, weil sie finden, dass das nicht mehr die richtige Atmosphäre zum Leben ist. ... Alle hoch gebildeten Leute könnten deswegen das Land verlassen.“ (Junge Frau, Niederlande)

Die Gespräche zeigen, dass die Muslime die staatlichen Maßnahmen als speziell auf sie gemünzt betrachten, was das Gefühl der Entfremdung weiter steigert. Die Befragten meinten, das Verbot religiöser Symbole, wie etwa das Kopftuchverbot in Schulen, würde von den Muslimen als Signal empfunden, dass sie aufgrund ihrer Religion nicht Teil der Gesellschaft sein könnten.

Die Befragten in Dänemark, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und im Vereinigten Königreich erklärten, die Politik und der öffentliche Diskurs der letzten fünf Jahre hätten sich negativ auf das Zugehörigkeitsgefühl ausgewirkt. Einige Teilnehmer meinten, auch jene Menschen, die sich vorher als Teil der Gesellschaft erlebt hätten, würden sich nun zunehmend entfremdet und zurückgewiesen fühlen. Andere Befragte erklärten, die erlebte Diskriminierung sowie die soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung trügen zu einem Gefühl der Unzufriedenheit bei, das die muslimischen Gemeinschaften defensiv und introvertiert mache:

„Wenn man die jungen Leute hier vor einigen Jahren gefragt hat, vor allem jene der türkischen Gemeinschaft, so hörte man Proteste. Sie sagten: ‚Wir sind Teil dieser Gesellschaft, wir wollen hier bleiben und sehen uns als Teil dieser Gesellschaft.’ Doch diese Haltung ist nicht mehr die Haltung der heutigen Jugendlichen. Sie haben sich verändert. Sie sind zornig auf die Politik, auf die Art, wie die Mehrheit der Menschen sie behandelt.“ (Mann, Deutschland)

„In der muslimischen Gemeinschaft gibt es zwei verschiedene Haltungen. Ein Teil der Gemeinschaft ist offen für Diskussionen mit den verschiedenen Gemeinschaften, den NRO oder anderen Organisationen, die sich bemühen, die Situation der Muslime in Frankreich zu verbessern. Es gibt aber auch einen zweiten Teil, der durch die Situation erschöpft ist und nicht mehr gewillt ist, in einen Dialog zu treten“. (Mann, Frankreich)

„Vor einigen Jahren hatte die Jugend das Gefühl, dass das ihr Land ist. Wenn wir, wie in meinem Fall, nach Marokko fuhren, sagte ich: ‚Das ist ein Land für die Ferien, das ist nicht mein Land. Ich fühle mich da nicht zu Hause.’ Zu Hause fühlte ich mich hier [in den Niederlanden]. ... Doch seit vier oder fünf Jahren, und besonders jetzt, passiert etwas: Sie geben dir nicht mehr das Gefühl, dass das dein Land ist. Wissen Sie, Marokko ist nicht mein Land, weil ich dort nie gelebt habe. Ich habe mein gesamtes Leben hier verbracht.“ (Junge Frau, Niederlande)

„Alle Gesetze, die jetzt verabschiedet werden, all die Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftsbestimmungen, sind gegen die Muslime gerichtet. Es tut mir leid, das sagen zu müssen, aber es ist so.

Niemand beschäftigt sich damit, welche Staatsbürgerschaftstest Australier absolvieren müssen. ... Ich denke, ein Großteil der Islamfeindlichkeit rührt daher, dass die Muslime als ‚Problem' wahrgenommen werden: Sie stören die öffentliche Ordnung, sind sozioökonomische Problemfälle, sind nicht sehr gut in der Schule und eine ‚Belastung für den Staat'." (Frau, Vereinigtes Königreich)

2.1.5 Entwicklung eines islamischen Diskurses zum Thema Integration

Die Befragten erklärten, unter einer wachsenden Anzahl von Muslimen sei es ein Diskussionsthema, dass die Muslime sich stärker in der Gesellschaft engagieren und mehr Verantwortung für ihre Integration übernehmen müssten. Einige Teilnehmer vertraten die Ansicht, die Entwicklung eines islamischen Diskurses über die Integration sei entscheidend für die Teilhabe an der breiteren Gesellschaft. Einige Befragte meinten, die Muslime zögen sich manchmal zu rasch in ihre eigene ethnische oder religiöse Gruppe zurück, sie merkten aber auch an, die nach innen gerichtete, defensive Haltung der Gemeinschaft würde zunehmend von innen her in Frage gestellt:

„In den letzten Jahren haben die muslimischen Gemeinschaften versucht zu zeigen, dass sie Teil der Gesellschaft sind und dass es auch für die Muslime schlecht ist, wenn hier etwas passiert. Vor zwei Jahren, als in Deutschland die Überschwemmung war, haben einige Moscheen Geld für die Flutopfer gesammelt, um zu zeigen, dass sie Teil der deutschen Gesellschaft sind. Aber nicht alle Muslime sind an solchen Dingen interessiert. Manche sagen, sie seien nicht interessiert; weil sie ihre eigenen Probleme in den Moscheen hätten, könnten sie sich nicht mit der Gesellschaft beschäftigen. Sie sagen, es sei besser, den muslimischen Gemeinschaften außerhalb Deutschlands Geld zu geben." (Mann, Deutschland)

Eine österreichische Teilnehmerin meinte, ihre muslimischen Mitbürger würden sich als Teil Österreichs fühlen und seien der Ansicht, sie hätten die Pflicht, über Probleme in der österreichischen Gesellschaft, wie zum Beispiel die Umweltproblematik, nachzudenken, so dass nun eine echte Gelegenheit gekommen sei, sich stärker an Aktivitäten zu beteiligen, die im gemeinsamen Interesse liegen und das tägliche Leben betreffen.

„Als zum Beispiel in Österreich letztes Jahr die Überschwemmung kam, spendeten viele Muslime Geld für den Wiederaufbau der überschwemmten Dörfer. Viele junge Muslime meldeten sich als Freiwillige, um beim Wiederaufbau zu helfen." (Frau, Österreich)

Für die muslimischen Organisationen ist die Entwicklung nach außen blickender Gemeinschaften, die die Anliegen, Probleme und Fragen der breiteren Gesellschaft auch als ihre Probleme betrachten, entscheidend für eine tiefer gehende Integration.

2.1.6 Integration oder Assimilation?

Viele Muslime erkennen Bemühungen von Seiten der politischen Entscheidungsträger und der Politiker, die Integration zu fördern, durchaus an:

> *„In Deutschland gibt es jetzt eine von den deutschen Medien gestartete Kampagne mit dem Titel ‚Du bist Deutschland!'. Es gibt eine Reihe von Spots und Werbeeinschaltungen. Viele Leute, die in Deutschland bekannt sind, sagen etwas zu der Sache, sie sprechen über ‚du bist Deutschland'. Auch einige Immigranten, Leute ohne rein deutschen Hintergrund, sind in diese Kampagne involviert. Die deutsche Gesellschaft, zumindest die Medien, tun etwas."* (Junger Mann, Deutschland)

Die Befragten schildern aber auch Beispiele dafür, dass sogar jene Menschen, die von sich denken, die Integration zu fördern, manchmal von der Annahme ausgehen, Religion sei ein Integrationshemmnis.

> *„Die Menschen haben vergessen, dass Integration eine wechselseitige Angelegenheit ist. Zurzeit konzentriert sich alles auf die Muslime. ... Alles was passiert, wird gegen die Muslime gerichtet, und die Muslime sind immer in einer Position, in der sie sich verteidigen müssen – sie sind eine Problemgruppe. Ich denke, Integration ist ein beidseitiger Prozess, der auch von den Niederländern ausgehen sollte, aber das ist nicht der Fall. Wenn zum Beispiel die Gesetze geändert werden, so geschieht dies immer in einer für die Muslime nachteiligen Weise. Zum Beispiel wenn man heiraten und einen Partner hierher bringen möchte: Es betrifft immer die Muslime."* (Junge Frau, Niederlande)

Einige Befragte wiesen auf die Tatsache hin, dass in Wahrheit „Assimilation" gemeint sei, wenn von „Integration" gesprochen werde. Aus den Gesprächen wird deutlich, dass die Muslime diese Vermengung der Begriffe „Assimilation" und „Integration" mit Sorge betrachten:

> *„Es geht in diese Richtung: Wenn du sagst: ‚Ich möchte meine Religion praktizieren', dann lautet die Antwort: ‚Wir wollen nicht, dass du deine Religion praktizierst. Wir wollen, dass du wie wir bist. Iss Schweinefleisch usw. Nur, um es einfacher zu machen,... nichts Besonderes ... du sollst nur wie wir sein.' ... Das ist eine sehr, sehr starke Botschaft, die da übermittelt wird."* (Mann, Deutschland)

> *„Da gibt es diese Vorstellung, dass man Bier trinken, Wurst essen und der Königin zujubeln muss, wenn man in Dänemark lebt. Der allgemeine Gedanke lautet, dass sich die ethnische Zugehörigkeit nach dem Land bestimmt, in dem man lebt, auch wenn man als Privatperson in Dänemark lebt. Obwohl sie immer sagen, als*

Privatperson respektieren wir dich, als Privatperson ist deine Identität deine eigene Angelegenheit." (Mann, Dänemark)

„Hier in Rotterdam sprach der Vorsitzende der [regierenden] Partei über Integration und Assimilation. Er sagte: ‚Für mich heißt Integration, dass die Menschen in diesem Land zumindest assimiliert sind.' Das ist seine Meinung zu Integration. Ich denke auch, dass die meisten Niederländer so denken. Sie wollen Assimilation, aber sie sagen, dass sich die Muslime integrieren müssen. Aber was ist Integration? ... Auf welche Weise muss ich in diesem Land integriert sein? Dazu sagen sie nichts. Bedeutet Integration, die Sprache zu sprechen? Wir sprechen die Sprache. Bedeutet Integration, zu arbeiten oder an der Gesellschaft teilzuhaben? Auch das tun wir. Aber sie verlangen, dass wir uns assimilieren. Das wollen wir nicht." (Junge Frau, Niederlande)

2.1.7 „Unvereinbare" Werte als Integrationshemmnisse

Die Gesprächsteilnehmer räumten ein, dass viele Muslime mit „unvereinbaren Werten" argumentieren und so versuchen, Grenzen zwischen Muslimen und der breiteren Gesellschaft zu ziehen:

„Es hängt davon ab, welcher Richtung des Islam der junge Mensch anhängt. Es gibt einige junge Muslime, für die alles grundsätzlich unvereinbar ist ... Ich denke, es hängt von ihrer Wahrnehmung des Islam ab, das hat großen Einfluss darauf, wie sie über die Vereinbarkeit mit britischen Werten denken." (Junge Frau, Vereinigtes Königreich)

Ein Teilnehmer merkte an, vor allem in südeuropäischen und mediterranen Mitgliedstaaten würde die Haltung vieler Muslime zu Sex, Heirat und Ehe paradoxerweise mehr mit jener der breiteren Gesellschaft übereinstimmen als in den nördlichen EU-Mitgliedstaaten. Die Befragten betonten, manche Muslime seien der Ansicht, das Gefühl, ausgeschlossen und nicht akzeptiert zu sein, werde nicht dadurch verstärkt, dass sie andere Werte als die meisten Mitglieder der breiteren Gesellschaft hätten, sondern dadurch, dass diese Werte als Mittel verwendet würden, sie als Außenseiter zu definieren und ihr Recht auf Zugehörigkeit und Teilnahme an den Debatten über die Art und Form der Gesellschaft in Frage zu stellen. In den Niederlanden verwies ein Teilnehmer auf einen Meinungsführer, der erklärte, die niederländische Gesellschaft könne Konservatismus von Christen akzeptieren, denn in den Niederlanden gebe es viele christliche Politiker, die sich zum Beispiel zu Homosexualität äußern:

„Er sagte, er kann solche Ansichten von einem holländischen Christen akzeptieren, weil er ein Holländer ist und weil seine Eltern und Großeltern diese Kultur aufgebaut haben. Er kann sie aber nicht vom Imam akzeptieren, weil er ihn nicht als gleichrangig mit einem

Holländer betrachtet. Die Muslime haben den Eindruck, dass es ihnen nicht gestattet wird, Ansichten zu vertreten, die sich von der Mehrheitsmeinung unterscheiden. Wenn man zum Beispiel eine Diskussion über Prostitution beginnt, wird so reagiert: ‚Halt den Mund! Du bist hergekommen, du bist ein Gast und musst akzeptieren, was wir hier haben. Wenn du damit nicht einverstanden bist, kannst du ja wieder gehen.'" (Mann, Niederlande)

Die Gespräche zeigten, dass die Befragten ihre Werte in vielen Fällen als durchaus mit den europäischen Werten vereinbar betrachten:

„Im Moment lese ich dieses Buch über Philosophie, und ich bin ganz überrascht, wie wichtig diesen griechischen Philosophen Gerechtigkeit, Recht und Rechtschaffenheit war. Genau das predigt auch der Islam. Das, was letzten Endes am meisten zählt, wenn wir sterben, ist doch, wie wir andere Menschen behandelt haben, ob wir gerecht und rechtschaffen waren. Ich denke, in diesem Sinn wollen alle guten Menschen auf der Welt das Gleiche. Eine Freundin von mir, eine sehr strenge Muslimin, liest Dickens, weil er über Gerechtigkeit schrieb. Das ist ein ganz erstaunlicher Mann, alle seine Bücher handeln von Recht und Gerechtigkeit. Ich denke, es ist nicht wichtig, aus welchem Teil der Welt man stammt. Wir alle streben nach diesen kleinen Dingen, und so glaube ich, dass die islamischen und die britischen Werte eigentlich ganz ähnlich sind." (Junge Frau, Vereinigtes Königreich)

2.1.8 Die Unsichtbarkeit der Muslime in öffentlichen Einrichtungen

In den Gesprächen wurde erklärt, dass das Fehlen von Muslimen in wichtigen öffentlichen Einrichtungen und Organisationen die Identifikation mit diesen Einrichtungen erschwere. Die Befragten meinten, es sei schwierig, ein Gefühl der „institutionellen Zugehörigkeit", ein Gefühl der Bindung an wichtige politische und juristische Einrichtungen zu entwickeln, was ja einem tiefen psychologischen Bedürfnis entspreche, wenn solche Einrichtungen als „muslimfreie Zonen" wahrgenommen würden:

„Die Muslime sind in den Einrichtungen nicht vertreten, weder in der Zivilgesellschaft noch in der Regierung oder im Parlament. Sie sind in all den verschiedenen Einrichtungen unterrepräsentiert. Es gibt wenige Zeichen seitens der breiteren Gemeinschaft und Gesellschaft, die Muslime im Allgemeinen zu akzeptieren." (Mann, Deutschland)

„Ein echter Erfolg ist es erst, wenn die Gegenwart von Muslimen auf jeder Ebene oder in jeder Position der Gesellschaft als etwas Normales betrachtet wird; das wird ein Erfolg sein." (Mann, Frankreich)

In den Augen der muslimischen Gesprächspartner sind manche EU-Mitgliedstaaten in dieser Hinsicht erfolgreicher als andere:

> *„Im Fernsehen sind die Menschen, die man da bei der Arbeit sieht, meist Österreicher, zum Beispiel bei der Polizei oder im öffentlichen Dienst. Da gibt es nicht diese Mischung wie in vielen multikulturellen Gesellschaften, wie zum Beispiel in den Niederlanden oder im Vereinigten Königreich, wo man einen Muslim als Nachrichtensprecher sieht."* (Mann, Österreich)

2.1.9 Die Anerkennung des muslimischen Beitrags zur Gesellschaft

Die Befragten waren der Ansicht, die Beiträge der Muslime zur Gesellschaft würden in nationalen Debatten und Diskussionen nicht anerkannt. Ihrer Meinung nach wird das, was die islamische Kultur zur weltweiten und europäischen Zivilisation beigesteuert hat, nicht gewürdigt. In der allgemeinen Sichtweise der europäischen Geschichte, wie sie im öffentlichen Diskurs der meisten Staaten vorherrschend ist, würden der muslimische Anteil an der europäischen Gesellschaft und der muslimische Beitrag dazu ignoriert.

> *„... als sich die europäische Kultur entwickelte und das Hochmittelalter erreichte, gab es kaum ein Wissensgebiet oder eine Kunstform, sei es nun Literatur oder Architektur, die nicht vom Islam beeinflusst war. Das islamische Wissen wurde auf diese Weise ein Bestandteil der westlichen Zivilisation."* (Mann, Italien).

Die Befragten meinten, dem vorherrschenden Verständnis der Kreuzzüge zufolge seien die Kreuzfahrer die „Guten" und die Sarazenen – die Türken, die Muslime – die „Bösen": Sie verwiesen darauf, dass die Geschichte der Muslime in Südosteuropa – das Osmanische Reich – ignoriert werde oder aber dieses Reich als Bedrohung Europas und nicht als Teil der europäischen Geschichte dargestellt werde.

Befragte aus Frankreich, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich vertraten die Auffassung, dass ein klares Verständnis der kolonialen Vergangenheit wichtig für das Verständnis der gegenwärtigen Situation der muslimischen Gemeinschaften in diesen Ländern sei. Viele Teilnehmer waren der Ansicht, die Rolle der muslimischen Immigranten während des Zweiten Weltkriegs und beim Wiederaufbau der nordeuropäischen Staaten in der Nachkriegszeit werde nicht anerkannt:

> *„Man leugnet den Beitrag der Muslime und Araber zur französischen Gesellschaft. Da gibt es einen Forscher in Bordeaux, der seine Doktorarbeit über die Muslime in Frankreich seit dem Mittelalter geschrieben hat. Er zeigte auf, wie Islam und Christentum im Süden des Landes koexistierten. Aber in den Geschichtsbüchern für Schulen findet sich keine Spur davon. Und auch unsere Rolle im*

Nachkriegsboom, beim Aufbau des Landes oder bei seiner Befreiung von der Besetzung durch Nazi-Deutschland wird totgeschwiegen. Viele Nordafrikaner gehörten der ersten französischen Armee an, die im Süden aus Nordafrika eintraf. Das ist ein politisches Thema in diesem Teil der Welt, denn viele der Leute, die hier leben, sind Pieds-noirs aus Algerien, die uns bis aufs Blut hassen. Bei den offiziellen Feiern zum Jahrestag der Befreiung und des Waffenstillstands machen sie daher keine Anstrengungen, die Rolle zu würdigen, die wir dabei gespielt haben." (Junge Frau, Frankreich)

„Es gibt überhaupt keine Anerkennung, nicht einmal die geringste. Der Beitrag unserer Großeltern beim letzten Krieg ist nie anerkannt worden. Ganze Städte sind durch Muslime befreit worden. Darüber wird nie gesprochen. Frankreich ist von Muslimen wiederaufgebaut worden, die aus Afrika hergeholt wurden, und jetzt haben sie keinerlei Rechte. Alte Soldaten mussten um eine Grundrente kämpfen, während französische Soldaten wie Helden behandelt werden. Es gibt wirklich keine Anerkennung. Und dann erlassen die Franzosen dieses Gesetz, das wirklich eine Beleidigung ist, dieses Gesetz, das den Wert der Kolonisation anerkennt." (Junger Mann, Frankreich)

Im Gegensatz dazu meinten Befragte aus Spanien, die multikulturelle Identität des Landes schaffe in Verbindung mit seiner maurischen Vergangenheit Raum zur Entwicklung eines Gefühls spanischer muslimischer Identität:

„Ich denke, dass der Islam wegen der Vergangenheit einen besonderen Stellenwert in der Gesellschaft hat ... Spanien ist nicht wie Frankreich, Italien oder England. Wenn man zum Beispiel an die Bräuche, die Geografie, die Straßennamen denkt: In Spanien begegnet man überall arabischen und islamischen Namen, Gedichten und Bauwerken. das ist Teil unserer Seele, der islamischen spanischen Seele." (Mann, Spanien)

Doch selbst in Spanien berichteten die Befragten, dass in öffentlichen Diskussionen oft klar zwischen der maurischen islamischen Kultur, die als Teil des spanischen Erbes gilt, und der islamischen Religion unterschieden werde. Dies rufe in den Muslimen das Gefühl hervor, dass Spanien sich weigere, den Islam als Religion als Teil der heutigen spanischen Identität zu betrachten.

Für die alteingesessene muslimische Gemeinschaft in Griechenland ist es klar, dass sich die Frage der Identität und Zugehörigkeit für sie auf eine ganz andere Weise stellt als für die in jüngerer Zeit nach Griechenland oder in andere EU-Länder eingewanderten Muslime. Die griechischen Befragten erklärten, ein wichtiges Thema für diese Gemeinschaft sei die Anerkennung ihrer ethnischen Identität.

2.2 Die Wahrnehmung des Islams und der Muslime durch die breitere Gesellschaft in den Augen der Muslime

Viele Befragte erklärten, die Muslime hätten den Eindruck, dass die Öffentlichkeit das Wesen und die Dynamik der muslimischen Gemeinschaften nur eingeschränkt verstehe. Die ethnische Vielfalt und die Fülle an Traditionen und Bewegungen innerhalb der Gemeinschaft würden nicht anerkannt. Die Befragten meinten, im öffentlichen Diskurs werde der Islam noch immer als weitgehend monolithisch und unveränderlich gesehen.

Der Ansicht der Befragten zufolge spielen die Medien und die Politiker eine Schlüsselrolle bei der Bildung von Stereotypen über die Muslime. Die beiden verstärken einander oft gegenseitig:

> *„Wieder und wieder spreche ich über die Medien, denn aus den Medien beziehen Herr Müller und Frau Meier ihre Informationen. Sie kennen ihre Nachbarn nicht, sie grüßen sie nicht, doch sie lesen die Zeitung, in der steht, dass Menschen, die so aussehen, gefährliche Leute sind. So wird der Nachbar auch gefährlich. So gesehen haben die Aussagen der Politiker in den Medien eine ganze Menge mit dieser Wahrnehmung zu tun ... Sie betrachten den Islam als strafend, grausam, militant, unvereinbar mit dem westlichen Lebensstil und auch als Bedrohung. Sie betrachten ihn nicht nur als unvereinbar, sondern als Bedrohung, als kulturelle und soziale Bedrohung für das Wesen der dänischen Gesellschaft.“* (Mann, Dänemark)

> *„In der ganzen Geschichte, vor allem während der ottomanischen Zeit, gab es einen Konflikt zwischen dem Christentum und dem Islam. ... In den Herzen vieler europäischer Länder gibt es eine tief sitzende Furcht vor dem Islam.“* (Mann, Österreich)

Eine mögliche Konsequenz dieses geringen Kontakts ist Misstrauen. Ein Teilnehmer machte darauf aufmerksam, dass zum Beispiel in Deutschland die Moscheen meist in den Industriegebieten und nicht im Stadtzentrum zu finden seien. Oft seien sie in alten Fabrikgebäuden angesiedelt. Daher würden sie abgeschottet und verdächtig erscheinen und den Eindruck erwecken, die Muslime hätten etwas zu verbergen:

> *„Viele, viele Deutsche glauben, dass Waffen in den Moscheen produziert werden! Tatsächlich! Das glauben sie wirklich. Sie denken, dass es da etwas zu verstecken gibt, und wenn sie hingehen, um die Moschee anzusehen, stehen sie oft vor verschlossener Tür. Das liegt daran, dass viele Moscheen in Gegenden stehen, wo es vor allem Industrie und Handel oder Ähnliches gibt. Solche Dinge sind im Stadtzentrum nicht zu finden, wie Sie ja wissen. Daher ist die Tür geschlossen. So sieht man nichts, und das macht einen unfreundlichen Eindruck. Und es gibt beiden Seiten ein Gefühl des Nicht-Dazugehörens.“* (Mann, Deutschland)

Aus den Schilderungen der Befragten lassen sich einige immer wiederkehrende Leitmotive herauslesen, deren gemeinsamer Grundtenor lautet: Muslime sind eine Bedrohung oder Gefahr für die Gesellschaft. Am weitesten verbreitet sind diese Ansichten in den nordeuropäischen Staaten, in denen, wie die Befragten vermuten, die Anwesenheit von Muslimen der zweiten und dritten Generation verdeutlicht, dass die Muslime nicht mehr als vorübergehend hier ansässige Migranten oder Gastarbeiter betrachtet werden können, sondern zu einem permanenten Teil der Gesellschaft geworden sind. Die vier wichtigsten Leitmotive sind folgende:

2.2.1 Muslime als Bedrohung der europäischen Werte

Die Befragten berichteten, Pim Fortuyn habe in den Niederlanden all jenen Angehörigen der holländischen Gesellschaft eine Stimme verliehen, die der Ansicht sind, die islamischen Werte würden die Liberalität der holländischen Gesellschaft unterminieren. Befragte aus Frankreich erläuterten, Muslime würden als „Bedrohung für das laizistische Wesen des französischen Staates" gesehen, während Teilnehmer aus dem Vereinigten Königreich meinten, sie würden als „Gefahr für die Multikulturalität" gelten.

Die Befragten argumentierten, die Ansicht, der Islam unterdrücke die Frauen und missachte ihre Rechte, sei darauf zurückzuführen, dass sowohl innerhalb der muslimischen Gemeinschaften als auch in der breiteren Gesellschaft Unwissenheit über die Rolle und die Rechte der Frauen im Islam herrsche.

> *„Ich denke an eine Umfrage in unserer Schule. Die Schüler unserer Schule wurden gefragt: ‚Was verbindest du mit dem Islam?' Ich glaube, 80 Prozent der Schüler sagten, sie würden die Unterdrückung der Frauen mit dem Islam verbinden. Meine Schwester und ich sind die einzigen Schülerinnen in der Schule, die ein Kopftuch tragen, und ich sagte: ‚Seht mich an! Bin ich eine unterdrückte Frau?' Da antworteten sie: ‚Nein, du bist eine Ausnahme …' Ich fühle mich enttäuscht und hilflos, denn wir sind nicht unterdrückt. Ich versuche, ihnen das zu zeigen, doch die meisten von ihnen wollen es nicht verstehen."* (Junge Frau, Deutschland)

Den Befragten ist klar, dass das öffentliche Bild des Islam als Religion, in der Frauen unterdrückt werden, oft eine Folge der Situation und der Behandlung von Frauen in einigen muslimischen Gemeinschaften ist. Die Berichterstattung über Themen wie Zwangsheiraten, „Ehrenmorde", weibliche Genitalverstümmelung usw. führe jedoch dazu, dass man solche Praktiken verstärkt als dem Islam innewohnend anstatt als inakzeptable Folgen bestimmter patriarchalischer Traditionen betrachte.

2.2.2 Angst vor der muslimischen „demografischen Zeitbombe“

Einige Teilnehmer bemerkten, das Wachstum der muslimischen Bevölkerung in der Europäischen Union werde als Bedrohung für die Gesellschaft betrachtet. Gelegentlich werde die Meinung geäußert, dieses Wachstum sei Teil einer „muslimischen Verschwörung“, deren Ziel die Eroberung Europas sei:

> *„Einige konservative Katholiken wollen die muslimischen Immigranten als neue Invasoren hinstellen, denn sie glauben, Muslime dringen in Spanien ein und erobern das Land. Sie tun so, als ob die Immigranten eine neue Invasion starten wollen. Diese Ansicht gibt es in einem sehr kleinen Teil der Gesellschaft ...“* (Mann, Spanien)

2.2.3. Angst vor Muslimen als Gefahr für Recht und Ordnung

Aus den Gesprächen geht hervor, dass die Muslime den Eindruck haben, von der breiteren Gesellschaft als nicht vertrauenswürdig eingestuft zu werden. Auch hier meinten die Befragten, die Medien seien mitverantwortlich für diese Brandmarkung:

> *„Immer, wenn sich ein Muslim etwas zuschulden kommen lässt, dann ist es der Muslim, der es getan hat. Doch wenn jemand anderer etwas getan hat, dann war es nie der Christ, der Jude, der Hindu oder der Atheist.“* (Mann, Italien)

> *„Es gibt viel, viel mehr Fälle, in denen Nichtmuslime Frauen misshandeln, als Fälle, in denen dies Muslime tun. Doch wenn ein Muslim seine Frau ermordet hat, dann gibt es die Schlagzeile: ‚Ein Muslim hat ...’ . Nie heißt es: ‚Ein Christ hat seine Frau getötet.’ Jeden Tag werden Frauen von Nichtmuslimen misshandelt, doch niemals hören wir: ‚Es war ein Katholik oder es war ein Protestant.’“* (Mann, Spanien)

> *„Normalerweise geben die Medien [bei der Berichterstattung über Kriminalfälle] keine Namen, sondern nur Initialen an. Doch jetzt schreiben sie den Vornamen und den Anfangsbuchstaben des Familiennamens. Auf diese Weise ... nennen sie noch immer nicht den vollen Namen, doch sie schreiben zum Beispiel Hassan D. oder Mohammed E., so weiß jeder, dass es sich um einen Muslim handelt. Früher standen da nur die Initialen, doch wenn es um einen Muslim oder einen Ausländer geht, dann nennen sie den Vornamen.“* (Junger Mann, Niederlande)

2.2.4. Angst vor Muslimen als Terrorsympathisanten

Viele Befragte meinten, die Gesellschaft halte Muslime für Terrorsympathisanten. Die Teilnehmer räumten ein, Politiker würden zwar oft klarmachen, dass Muslime nicht als Gesamtheit für den Terrorismus verantwortlich gemacht werden dürften. Sie haben jedoch den Eindruck, Muslime stünden unter dem Verdacht, den Terror gutzuheißen. Dies gehe implizit aus öffentlichen Aussagen hervor, die nahe legen, Muslime würden den Terrorismus in der Öffentlichkeit nicht entschieden genug verurteilen:

> *„Da gibt es einen Bischof in Berlin, der sagt, dass man mit Muslimen nicht sprechen darf, solange sie sich nicht explizit gegen den Terrorismus ausgesprochen haben. Das ist eine Unterstellung ... Auf diese Weise unterstellt er uns, die Muslime würden generell nichts gegen den Terrorismus haben."* (Frau, Deutschland)

2.3 Beziehungen zu anderen Gemeinschaften

Die Beteiligung am interreligiösen und interkulturellen Dialog ist für die Befragten ein wichtiges Mittel, um Missverständnissen und negativen Wahrnehmungen über Muslime und den Islam entgegenzuwirken. Der Dialog eröffnet auch die Möglichkeit, das Verständnis in der breiteren Gesellschaft zu verbessern und die Verbindungen mit dieser zu stärken. Befragte, die interreligiöse Dialoge mit Christen und Juden führen, meinten, dies ermögliche, nicht nur die Unterschiede zwischen den Religionen, sondern auch ihre gemeinsamen – auf Abraham zurückgehenden – Wurzeln zu erkunden. Teilnehmer aus Österreich und dem Vereinigten Königreich erklärten, die Früchte ihres Engagements für den interreligiösen Dialog hätten sich in der Zeit nach dem 11. September gezeigt, als die durch diesen Dialog entstandenen starken freundschaftlichen Bindungen zu Unterstützungserklärungen für Muslime seitens der Kirchen führten.

Nach Ansicht der Befragten haben die Ereignisse vom 11. September 2001 aber auch gezeigt, dass der interreligiöse Dialog insofern an Grenzen stößt, als es nicht möglich ist, andere Menschen als aktive Mitglieder von Glaubensgemeinschaften – und somit die breitere Gesellschaft – zu erreichen. Diese Ereignisse seien für die Muslime daher ein Anstoß gewesen, über die Glaubensgemeinschaften hinausgehende Brücken zur breiteren Gesellschaft zu bauen.

Die Teilnehmer nannten Beispiele für Versuche seitens der Muslime, sich stärker gegenüber der breiteren Gesellschaft zu öffnen. Eine von den Befragten genannte erfolgreiche Initiative war die Einführung von Tagen der offenen Tür in den Moscheen:

> *„... die Leute kommen und verlieren die Angst, sich auf fremdem Territorium zu befinden. Sie kommen und wissen, dass sie willkommen sind. Da ist schon viel daraus entstanden."* (Mann, Deutschland).

Was das Vereinigte Königreich betrifft, so verwiesen die Befragten auf die Bedeutung der jährlichen „Islam Awareness Week“, in der muslimische Organisationen, öffentliche und lokale Körperschaften sowie Bildungseinrichtungen Gespräche, Ausstellungen und andere Veranstaltungen organisieren, deren Ziel es ist, das Verständnis über die muslimische Gemeinschaft in der breiteren Gesellschaft zu verbessern. Aus Rom berichteten die Befragten, dass Muslime vom Rathaus eingeladen würden, im Rahmen eines Programms zur Entdeckung der Weltreligionen zu Schulkindern über den Islam zu sprechen. In den Niederlanden führten muslimische Organisationen den „Tag des Dialogs“ ein, der für Muslime und Nichtmuslime die Gelegenheit bietet, bei einem gemeinsamen Essen zu diskutieren.

2.4 Ausmaß der staatsbürgerlichen und politischen Teilhabe

Es scheint, dass das Engagement der Muslime im zivilen und politischen Leben und ihre Teilhabe daran zwar zunehmen, aber noch immer beschränkt sind. Mehrere Faktoren scheinen den Grad und das Ausmaß der Beteiligung zu beeinflussen. Die Befragten nannten mangelnde Kompetenz und mangelndes Wissen um die Möglichkeiten zur Teilhabe als wichtigste Barrieren. Sie vermuteten auch, negative Erfahrungen könnten Muslime von einer weiteren Beteiligung abhalten, vor allem wenn sie den Eindruck haben, man höre ihnen nicht zu oder nehme sie nicht ernst:

> *„Meine persönliche Erfahrung ist: Wenn man mit Dänen zusammensitzt und diskutiert, versuchen sie, dich zu ignorieren, wenn du nicht weiß bist ... und wie ein Däne sprichst. Es gibt Beispiele dafür, dass Leute an politischen Diskussionen – zum Beispiel auf lokaler Ebene – teilgenommen haben und wieder gegangen sind, weil sie das Gefühl hatten, dass ihnen niemand zuhört.“ (Mann, Dänemark)*

Auch fehlende Staatsbürgerschaftsrechte sind – wie bereits oben erwähnt – ein entscheidendes Hemmnis für die Teilnahme. In manchen Fällen bildet diese fehlende Staatsbürgerschaft eine rechtliche Barriere, vor allem was die Teilnahme an Wahlen betrifft. Die Befragten aus Italien wiesen darauf hin, dass in einigen italienischen Städten versucht wurde, diese Barrieren zu überwinden, indem Migranten als beratende Mitglieder in das Stadtparlament gewählt wurden. Diese von den Migranten gewählten Mitglieder haben kein Stimmrecht im Parlament, können jedoch Empfehlungen zu Themen abgeben, die für die Migrantengemeinschaften von Belang sind.

Einige muslimische Gemeinschaften versuchen, Muslime zu politischem Engagement zu bewegen, indem sie auf die Möglichkeit hinweisen, dadurch etwas verändern zu können. Ein Teilnehmer teilte mit, dass in einer belgischen Stadt, in der der muslimische Bevölkerungsanteil schätzungsweise ein Fünftel betrug, die Teilhabe verstärkt worden sei, indem den Muslimen ihr Potenzial bewusst gemacht wurde, als Gruppe etwas bewirken zu können. Aus Deutschland wurde berichtet, vielen Muslimen sei es klar, dass der knappe Sieg von Kanzler Schröder bei den

Wahlen im Jahr 2002 mit ihrer Hilfe errungen wurde, da die türkischstämmigen Deutschen überwiegend für die Linke gestimmt hatten. Im Vereinigten Königreich veröffentlichte der Muslim Council of Britain eine Broschüre zu den Unterhauswahlen 2005, in der für die Muslime relevante Themen behandelt wurden. In der Broschüre wurden die Muslime aufgefordert, bei der Entscheidung, wem sie ihre Stimme geben würden, die Position zu berücksichtigen, die die verschiedenen Parteien und Kandidaten zu diesen Fragen einnehmen.

Es wurde festgestellt, dass in vielen Fällen Themen, die für die Muslime von Bedeutung sind, eine erstmalige Beteiligung der Muslime an der Zivilgesellschaft auslösen. Einige Teilnehmer wiesen darauf hin, dass sich die Muslime auch an öffentlichen Debatten zu Themen beteiligen sollten, die über ihre spezifischen Interessen als Muslime hinausgehen:

> *„Was mich ein wenig entmutigt, ist die geringe Beteiligung der Muslime an allgemeinen gesellschaftlichen Debatten. Debatten, wie sie im Moment im Bildungsbereich zum Beispiel über die Einführung von „City Academies" oder dergleichen geführt werden. Ich denke, die Muslime nehmen da eine engstirnige, auf die eigenen Interessen beschränkte Haltung ein. ... Sie engagieren sich nicht für Dinge, die in der breiteren Gesellschaft passieren. Das entmutigt mich, denn ich interessiere mich sehr für solche Fragen. Ich wünsche mir, dass die Muslime da eine Führungsrolle einnehmen, nicht nur weil sie Muslime sind, sondern weil sie Bürger einer Gemeinschaft, einer Gesellschaft sind ..."* (Junge Frau, Vereinigtes Königreich)

2.5. Die Zukunft der muslimischen Gemeinschaft

Die Befragten nannten Gründe, die sowohl für Optimismus als auch für Pessimismus in Bezug auf die Zukunft der Muslime in der Europäischen Union sprechen. Anlass zu Optimismus geben in Teilen Nordeuropas die Beobachtung, welche Fortschritte die muslimischen Gemeinschaften in den vergangenen drei oder vier Jahrzehnten seit der Ankunft der ersten Migranten in Europa erzielt haben, und die Überzeugung, dass Muslime einen positiven Beitrag zur Gesellschaft leisten:

> *„Ich bin sehr optimistisch ... Wir haben zwei oder drei Generationen, es gibt auch Leute, die Universitäten und Hochschulen besuchen. Immer mehr Menschen nehmen Schlüsselpositionen in den Niederlanden ein. Ich bin sehr optimistisch. Doch es gibt noch viel zu tun."* (Junge Frau, Niederlande)

> *„Ich bin sehr positiv gestimmt ... Wir befinden uns in einem Globalisierungsprozess ... überall stehen die Menschen der Vielfalt, der gegenseitigen Anerkennung, der Integration, der Multikulturalität usw. positiv gegenüber. Es bedarf jedoch noch weiterer Anstrengungen innerhalb der muslimischen Gemeinschaft, um auf dem Erreichten aufzubauen, unser Image zu verbessern, an der Entwicklung dieses Landes mitzuwirken und dazu beizutragen, dass sich die Ansichten der Menschen weiterentwickeln."* (Junger Mann, Frankreich)

> *„Ich habe große Angst. Alles ist so ungewiss. Gott weiß, was im nächsten Jahr passiert. Es sind so viele Herausforderungen zu bewältigen. In einer Hinsicht bin ich recht hoffnungsvoll: Ich denke nämlich, die Muslime versuchen jetzt tatsächlich, sich in der breiteren Gesellschaft zu engagieren. Sie versuchen, etwas gegen die Probleme zu tun, mit denen sie in diesem Land konfrontiert sind, gegen die normalen, alltäglichen, sozialen Probleme, weil sie sich dafür interessieren. In dieser Hinsicht bin ich recht hoffnungsvoll."* (Frau, Vereinigtes Königreich)

Eine andere Befragte aus dem Vereinigten Königreich zeigte sich jedoch sehr besorgt über die kürzlich erlassenen britischen Rechtsvorschriften und Anti-Terror-Gesetze: *„Ich fürchte mich vor der Regierung, ich fürchte mich davor, was sie noch tun könnten."* Doch sie fügte hinzu:

> *„An manchen Tagen bin ich wirklich optimistisch, weil ich so vielen erstaunlichen, inspirierenden, sprachgewandten, intelligenten, gebildeten jungen Muslimen begegnet bin und mit ihnen arbeiten konnte ... da gibt es viele Menschen, die fortschrittlich, nach vorne blickend und sehr gut integriert sind ... es hängt nur davon ab, wie sich alle in den nächsten paar Jahren verhalten. Wir müssen alle dafür sorgen, dass wir das Richtige tun. Es könnte etwas geschehen, das bewirkt, dass alles in die andere Richtung geht. Es ist alles in der Schwebe."* (Frau, Vereinigtes Königreich)

Gründe für Pessimismus waren vor allem die Ereignisse in den vergangenen Jahren und der Eindruck, die Gesellschaft stehe Muslimen zunehmend feindlich gegenüber. Gelegentlich wird dies in deutlichen und alarmierenden Worten zum Ausdruck gebracht:

> *„Für uns ist klar, dass es einen Rückschritt in diesem Land gibt. Das ist extrem beunruhigend. In diesem Moment ist schwer zu sehen, wie man diesen Rückschritt stoppen könnte, geschweige denn, wie man wieder zu einer Situation zurückkehren könnte, in der an einer solidarischen, multikulturellen Gesellschaft gearbeitet wird. Wir müssen die vielen verschiedenen Diskussionen darüber mit berücksichtigen, was Multikulturalität ist, doch gleichzeitig müssen*

wir versuchen zu akzeptieren, dass eine pluralistische oder multikulturelle Gesellschaft ein normativer Wert ist. Diese Bemühungen werden in der medialen Debatte und auf politischer Ebene – vor allem im Hinblick auf die Muslime - durch die Regierung untergraben.“ (Mann, Vereinigtes Königreich)

„Von uns wird immer stärker als von anderen gefordert, uns zu integrieren, erfolgreich zu sein, all das zu haben, was die anderen haben. Ich weiß nicht, warum von uns immer mehr verlangt wird, warum vor allem von jungen Leuten aus dem Maghreb immer mehr verlangt wird. Wir können nicht mehr als die anderen tun. Warum immer wir und nicht die anderen? Wenn sie mehr wollen – das werden sie nicht bekommen. Die gesamte französische Gesellschaft muss dieses Unbehagen verstehen ... das leider von einer Generation auf die nächste übertragen wird. Meine Eltern waren Frankreich gegenüber aufrichtig und treu. Wir mussten eine bestimmte Lebensweise akzeptieren und wie Franzosen denken. Was wird von den nächsten Generationen verlangt werden? Französischer zu sein als die Franzosen? Das ist nicht möglich. Ich rate den jungen Leuten, diese Herausforderung nicht anzunehmen, denn das wird nie ein Ende haben. Man wird immer noch mehr von ihnen verlangen. Die Geschichte hat gezeigt, dass von den Völkern immer noch mehr gefordert wurde, so lange, bis sie ausgerottet waren.“ (Mann, Frankreich)

Einige Befragte sind jedoch der Ansicht, dass sich die Muslime den sozialen und wirtschaftlichen Problemen in ihrer Gemeinschaft stellen müssten:

„Ich denke [die Muslime werden eine positive Zukunft haben] wenn sie sich durch Qualifizierung und Bildung tatsächlich weiterentwickeln. Das sind absolut wichtige Themen. [Die Muslime können] ein positiver Teil der Gesellschaft werden, eine echte Bereicherung für die Gesellschaft sein. Wir müssen aber zugeben, dass wir keine Bereicherung für die Gesellschaft sind. Die Tragödie ist, dass wir dasitzen und uns über die Situation beklagen, doch wir müssen zugeben, dass wir ein echtes Problem für die Gesellschaft sind. ... Man denke nur an die Kriminalitätsrate, die Arbeitslosigkeit, die Drogensucht, die Frauenfrage im Allgemeinen: Da sieht man, dass Muslime wirklich ein Problem sind.“ (Mann, Deutschland)

Einige Befragte argumentierten, eine positive Zukunft sei nur dann möglich, wenn die Gesellschaft erkenne, dass die Probleme und Herausforderungen in der muslimischen Gesellschaft alle Menschen betreffen und dass die Muslime bei ihrer Lösung nicht allein gelassen werden dürfen:

> *„Die Probleme der Muslime sind Probleme der gesamten Gesellschaft und nicht bloß Probleme der Muslime. Denn wenn es ihnen egal ist, werden die Muslime am Ende tatsächlich Anlass für eine gesellschaftliche Tragödie sein. Wenn wir die Probleme überwinden, kann es auch einige sehr positive Effekte geben. Nicht nur für die Muslime in Deutschland, sondern für den Islam im Allgemeinen. Dann wird es wirklich einen Sonnenaufgang im Westen und viele positive Auswirkungen auf den Islam in der muslimischen Welt geben. Ich denke, dieses Szenario wünschen wir uns alle herbei.“* (Mann, Deutschland)

TEIL II: Wahrnehmung von Diskriminierung und Islamfeindlichkeit

Der zweite Teil dieses Berichts legt dar, wie die Befragten die verschiedenen Manifestationen von Islamfeindlichkeit, von denen muslimische Gemeinschaften betroffen sind, wahrnehmen und wie sie darauf reagieren. Zu den Ausdrucksformen von Islamfeindlichkeit zählen voreingenommene Einstellungen in den Begegnungen des täglichen Lebens, aggressive oder diskriminierende Reaktionen gegenüber Frauen, die ein Kopftuch tragen, mangelnde Sensibilität von Seiten der Anbieter lokaler Dienste, unfaire Behandlung durch die Polizei oder das Rechtssystem, Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt und eine verzerrte Darstellung des Islam in den Medien.

3. Vorurteile, Feindseligkeit und Hass

3.1. Islamfeindlichkeit im öffentlichen Leben

Einige Befragte erklären, die Entwicklung einer europäischen Identität, die den Beitrag der islamischen Gesellschaft und Kultur zur Weltzivilisation marginalisiere oder verdecke, trage wesentlich zur ideologischen Untermauerung der gegenwärtigen Ausdrucksformen der Islamfeindlichkeit bei. Die Befragten äußerten die Ansicht, einige Autoren stellten den Islam eher als eine ethnisch exotische und unterentwickelte Kultur dar.

Die Befragten erklären, der Islam werde sogar von jenen, die zu helfen versuchen, als primitiv, rückständig und minderwertig eingeschätzt, anstatt ihn als ‚anders, jedoch gleichwertig' zu betrachten:

> *„Sie würden sagen: 'Wir müssen ihnen Zeit geben, denn auch unsere christliche Gesellschaft brauchte Zeit, um diese Ebene zu erreichen. Auch sie werden sie erreichen, aber sie brauchen noch einige Zeit dafür.' Dieser Zugang beruht auf einer Idealisierung des heutigen westlichen Lebensstils."* (Mann, Italien)

Wie in Teil I erwähnt, haben die Befragten vielfach den Eindruck, die Debatten über die Integration kreise zumeist um die Assimilation der Muslime in eine nationale Kultur, die als überlegen betrachtet werde, wobei die Annahme laute, die Muslime und ihre Kultur hätten der Gesellschaft nichts Wertvolles anzubieten, das zu erhalten sich lohnen würde.

Die Befragten sind der Ansicht, der öffentliche Diskurs über die Muslime konzentriere sich auf bestimmte Totemthemen wie zum Beispiel erzwungene Ehen, die Beschneidung von Mädchen und die Verschleierung der Frauen, womit die Vorstellung von einem monolithischen und autoritären Islam gefördert werde. Den Debatten und Diskussionen, die innerhalb der muslimischen Gemeinschaften sowohl in der Europäischen Union als auch in den islamischen Ländern über die zukünftige Entwicklung des Islam geführt würden, werde kaum Beachtung geschenkt.

Einige Befragte erklären, die Terroranschläge hätten eine gewisse Feindseligkeit gegenüber der Präsenz der Muslime in der Europäischen Union zutage gefördert; diese Feindseligkeit sei bereits vorhanden gewesen, jedoch bislang verborgen oder eingedämmt:

> *„Die Geschehnisse des 11. September wirkten wie ein Katalysator. Dinge, die bis dahin nie öffentlich gesagt worden wären, wurden nun von einem Tag auf den anderen unverhohlen ausgesprochen. Es gab bis dahin sehr viel ‚politische Korrektheit', die nach dem 11. September jedoch ganz schnell über Bord geworfen wurde."* (Mann, Deutschland)

3.2 Islamfeindliche Vorurteile und Einstellungen im täglichen Leben

Nach Angabe der Befragten nehmen islamfeindliche Vorurteile und Feindseligkeit im täglichen Leben eher die Form verbaler Attacken oder andere Formen an und kämen weniger in Form körperlicher Gewalt zum Ausdruck. Die Befragten erklären, die Muslime fühlten sich am ehesten unmittelbar nach Terroranschlägen, für die in den Augen der Öffentlichkeit alle Muslime kollektiv verantwortlich gemacht werden, von direkter körperlicher Gewalt bedroht.

Abgesehen von verbalem und körperlichem Missbrauch erklären die Befragten, Islamfeindlichkeit komme auch in den kleinen Details des täglichen Zusammenlebens, in beiläufigen Kommentaren und ‚Scherzen' und in der Art zum Ausdruck, wie Muslime von anderen beobachtet und angesehen werden:

> *„Wir sind der Islamfeindlichkeit im täglichen Leben ausgesetzt: sie zeigt sich in kleinen Vorfällen, in Kleinigkeiten. Beispielsweise machen Leute Scherze oder Bemerkungen, wobei sie so laut sprechen, dass man es nicht überhören kann: ‚Verschleierte haben in diesem Land nichts zu suchen.' Oder jemand, der mit seinem Hund spazieren geht, sagt im Vorübergehen: ‚Fass!' Man versucht, solche Dinge zu ignorieren, aber manchmal zermürben sie dich."* (Frau, Österreich)

> *„Beispielsweise wird mir eine Frage gestellt ... eine einfache Frage, die ich schon oft gehört habe – ‚Werden Sie in Ihr Land zurückgehen?' ‚Wann werden Sie dahin zurückgehen?' Diese Frage impliziert viele Dinge. Und ich frage ‚Wohin sollte ich gehen?', worauf sie eigentlich keine Antwort wissen, weshalb sie fragen:*

> *‚Woher kommen Sie?', worauf ich antworte, dass ich in Rotterdam geboren bin. Wohin sollte ich also zurückgehen? ... Das ist wirklich eine verletzende Frage, die mir das Gefühl gibt, eine Fremde zu sein, und irgendwann findet man sich damit ab, eine Fremde zu sein."* (Junge Frau, Niederlande)

Nach Einschätzung der Befragten hängt das Ausmaß, in dem Muslime Feindseligkeit, Belästigungen oder Gewalt ausgesetzt sind, auch davon ab, inwieweit ihre muslimische Identität sichtbar ist. Die Befragten berichten, dass sich Frauen, die ein Kopftuch tragen, oder Männer mit einem Vollbart oder einer Kutte, die sie als Moslem identifizieren, verwundbarer fühlen und eher auf Feindseligkeit stoßen. Musliminnen, die ein Kopftuch tragen, haben demnach die meisten islamfeindlichen Angriffe durch Personen zu erdulden, die sie anspucken oder versuchen, ihnen das Kopftuch herunterzureißen. Die Befragten glauben zudem, dass Personen, die ‚muslimisch aussehen', von staatlichen Beamten, Sicherheitskräften und Einwanderungsbeamten eher kontrolliert werden.

Die Befragten äußern sich unterschiedlich zu der Frage, ob die Diskriminierung, der Muslime ausgesetzt sind, ethnisch oder religiös motiviert ist. In einigen Fällen trifft beides zu.

> *„Vor dem 11. September wurden wir immer wieder beleidigt, weil wir Araber sind. Unsere Religion wurde nie erwähnt. Seit dem 11. September ist dies das Einzige, was wir hören – das Wort ‚Muslim' ist zu einem Schimpfwort geworden."* (Junger Mann, Frankreich)

Die Befragten aus Italien, Spanien und Griechenland haben den Eindruck, dass die Feindseligkeit, die gegen (in jüngster Zeit zugewanderte) Muslime gerichtet ist, und die Vorurteile in diesen Ländern eng mit der allgemeinen Feindseligkeit gegenüber Ausländern und Zuwanderern zusammenhängen.

Ein Befragter aus dem Vereinigten Königreich erklärte, Islamfeindlichkeit und die Diskriminierung von Muslimen könnten nicht einfach mit der sozialen Schicht und der Rasse verknüpft werden:

> *„Es ist ein Trugschluss, dass jene, die einen besseren Arbeitsplatz und eine bessere Ausbildung haben, ein höheres Einkommen beziehen und in ihrer Tätigkeit größere Verantwortung tragen, weniger zu diskriminierenden Handlungen neigen ... Wenn überhaupt, so ist es genau umgekehrt. Es herrscht auch der Trugschluss, dass in erster Linie extreme Gruppen mit niedrigem Bildungsstand islamfeindlich sind. Das ist nicht richtig. Auch bei den Schwarzen, bei den Asiaten und bei einigen karibischen Gemeinschaften stößt man auf Islamfeindlichkeit."* (Mann, Vereinigtes Königreich)

Der Erfahrung einiger Befragter zufolge finden Muslime, dass, wenn sie bei einer Behörde eine Änderung von Politiken oder Praktiken beantragen möchten, ihr

Ansuchen mit Begründungen abgelehnt wird, die einer genauen Prüfung nicht standhalten. Beispielsweise erklärten Befragte, Gemeinden lehnten Anträge auf Baugenehmigungen für Moscheen oft mit der Begründung ab, das Gebäude werde den Verkehrsfluss in der Umgebung beeinträchtigen, während die Muslime den Eindruck haben, die Gemeinde wolle eher keine Moschee im Ort haben. In anderen von den Befragten genannten Fällen hätten die örtlichen Behörden bei der Ablehnung der Ansuchen und Anträge von Muslimen einfach die gesetzlichen Bestimmungen ignoriert. Beispielsweise berichtete ein Befragter, in Deutschland lehnten Beamte gelegentlich Ausweisfotos von muslimischen Frauen ab, die ein Kopftuch tragen, obwohl gemäß den geltenden Vorschriften das Tragen eines Kopftuchs für Ausweisfotos zulässig ist. Selbst dort, wo die Vorschriften korrekt angewandt werden, haben Muslime oft das Gefühl, dass die Anwendung selektiv erfolgt und speziell auf sie ausgerichtet ist:

> *„Ich habe gerade in der Zeitung gelesen, dass in Mailand eine muslimische Schule geschlossen wurde. Ich weiß keine Einzelheiten über diese Schule, aber anscheinend war sie seit etwa vier oder fünf Jahren in Betrieb. Der offizielle Grund für die Schließung waren Verstöße gegen die Hygienebestimmungen, ...nun, möglicherweise gab es auch hygienische Gründe, aber [in anderen Fällen] haben sie viele Dinge durchgehen lassen, selbst wenn die Vorschriften nicht genau beachtet wurden, weshalb der Vorfall einen schlechten Nachgeschmack hinterlässt."* (Mann, Italien)

Die Befragten haben unterschiedliche öffentliche Reaktionen auf offene Formen von Islamfeindlichkeit beobachtet. Islamfeindliche Gewaltakte sowie Feindseligkeit in Form von direkten und ausdrücklichen verbalen Angriffen gegenüber einzelnen Muslimen werden von der Öffentlichkeit üblicherweise nachdrücklich verurteilt. Hingegen würden Äußerungen öffentlicher Amtsträger oder prominenter Persönlichkeiten, die von den Muslimen als islamfeindlich empfunden werden, gemischte Reaktionen in der Öffentlichkeit hervorrufen. In einigen Fällen sind die Befragten der Ansicht, dass jene, die gegen die Muslime gerichtete Ansichten äußern, dafür gelobt werden, dass sie ‚das Schweigen brechen' und zum Ausdruck bringen, was viele Bürger denken.

4. Recht, Politik und Verwaltung

4.1 Politiken und Praktiken zur besseren Integration der Muslime

Nach Einschätzung der Befragten haben die EU-Mitgliedstaaten unterschiedlich auf Forderungen reagiert, die geltenden Rechtsvorschriften und Verfahren anzupassen, so dass sie auch den Bedürfnissen der Muslime gerecht werden. Die Kampagnen für solche Änderungen kreisen oft um die gleichen Fragen wie den Zugang zu und die Bereitstellung von Halal-Speisen, Baugenehmigungen für Moscheen und die religiöse Erziehung in den Schulen. Aus den Gesprächen geht hervor, dass die Reaktionen auf derartige Forderungen von Unterstützung über Gleichgültigkeit und passiven Widerstand bis zu aktiver Ablehnung reichen. Einige dieser Entscheidungen werden auf lokaler und kommunaler Ebene getroffen, weshalb die Erfahrungen in verschiedenen Teilen ein und desselben Mitgliedstaates unterschiedlich sind.

Die Befragten berichten, es hänge oft in hohem Maß vom guten Willen der Entscheidungsträger ab, ob Anpassungen vorgenommen würden, die den Bedürfnissen der Muslime entsprechen. Doch nur selten würden die Bedürfnisse der Muslime bei der Planung von Dienstleistungen einbezogen:

> *„Wir hatten einige Fälle, in denen die Stadtverwaltung sagte: ‚Okay, wir wollen dies für unsere muslimischen Bürger.' Also ging die Initiative von den örtlichen Behörden aus, und anschließend wurde dies mit der muslimischen Gemeinde diskutiert. In diesen Fällen waren am raschesten Fortschritte zu beobachten, da die Bereitschaft der Behörden vorhanden war."* (Junger Mann, Belgien)

Die Befragten nennen verschiedene Faktoren, die sich auf ihre Fähigkeit auswirken, Anpassungen der vorhandenen Politiken und Praktiken durchzusetzen. In ihren Augen haben die Bedürfnisse der Muslime als Minderheit keine Priorität für die Anbieter von Dienstleistungen und für die Behörden. Darüber hinaus sehen sie bei den Muslimen einen Mangel an Erfahrung in der Organisation von Kampagnen, in der Interessenvertretung und im Aufbau von Unterstützung innerhalb und über die Gemeinschaften hinweg.

Die Interviews zeigen, dass in den muslimischen Gemeinschaften in Nordeuropa eine wichtige Debatte über die Frage geführt wird, inwieweit die Forderungen der Muslime nach Anpassungen der Politiken und Praktiken eine Gegenreaktion seitens der breiteren Gesellschaft auslösen können. Ein Teil der Befragten spricht sich für einen pragmatischeren Zugang aus, um eine unnötige Konfrontation mit der breiteren Gesellschaft zu vermeiden. Die Gegensätze betreffen vielfach nicht die substanziellen Fragen, sondern die Strategie.

> *„Einige Muslime provozieren Islamfeindlichkeit und islamfeindliche Äußerungen. In Belgien dürfen muslimische Frauen auf ihren Ausweisfotos ein Kopftuch tragen, sofern das Gesicht erkennbar ist. Vor kurzem hatten wir den Fall einer türkischstämmigen Frau, die*

ihren Pass erneuern wollte. Da sie ein Kopftuch und zusätzlich eine Kappe trug, war ihre Stirn weitgehend bedeckt. Bei der Behörde wurde ihr gesagt, sie könne ihren Kopf bedecken, jedoch nicht auf diese Weise. Die Stirn muss sichtbar sein, während man die Ohren bedecken kann. Aber zumindest die Stirn muss sichtbar sein, damit die Person leicht identifiziert werden kann. Doch ihre Eltern gingen hin und erklärten: ‚Ihr seid Rassisten! Ihr akzeptiert unsere Religion nicht!'" (Junger Mann, Belgien)

In diesem Fall akzeptierte die Behörde das Foto, verlangte jedoch von der Frau, dass sie ein Dokument unterschrieb, in dem die Behörde jede Verantwortung für eine mögliche Ablehnung des Fotos durch andere Stellen ausschloss. Der Befragte wies darauf hin, dass die Behörde im Anschluss an dieses und andere derartige Vorkommnisse eine Charta eingeführt habe, in der es hieß, die Vielfalt solle respektiert werden, wobei dieser Respekt jedoch beiderseitig sein müsse, damit der öffentliche Dienst effizient funktionieren könne. Der Befragte erklärte Folgendes:

„Wenn man ausreichende Rechte genießt, sollte man keine unnötigen zusätzlichen Ansprüche erheben. Das Verhalten einiger Personen wirkt sich negativ auf die Staatsbeamten aus, und natürlich sind die Staatsbeamten nur wenige und haben aber mit der gesamten Bevölkerung zu tun. Daher wirkt sich ein solches Verhalten später auf die gesamte muslimische Bevölkerung aus. Manchmal ruft das echte Spannungen hervor – die Wurzeln der Islamfeindlichkeit sind also teilweise auch in der muslimischen Gemeinschaft selbst zu finden." (Junger Mann, Belgien)

Der Befragte war der Meinung, die Muslime müssten bei der Forderung nach Erfüllung ihrer Bedürfnisse strategischer vorgehen und die Auswirkungen auf das allgemeine Klima des Misstrauens und der Furcht vor den Muslimen berücksichtigen. Nach Ansicht des Befragten sei dies nicht nur eine Frage von Rechten, sondern eine Frage der Anpassung und der Zusammenarbeit mit Menschen im Dialog.

„Wenn man die Menschen derart beunruhigt, was gewinnt man dann in Bezug auf Integration und Teilhabe? … Das Problem ist, dass viele Muslime keinen wirklich engen Kontakt zu anderen haben und daher deren Gefühle und die Intensität ihrer Angst nicht nachempfinden können." (Junger Mann, Belgien)

4.1.1 Rituelle Schlachtung und Bereitstellung von Halal-Speisen

Mehrere Befragte schilderten, wie in Dänemark und Österreich versucht wurde, Rechtsvorschriften einzuführen, um die für Gewinnung von koscherem und Halal-Fleisch erforderlichen Schlachtungsverfahren zu verbieten. Die Befragten berichteten, in Österreich machten Muslime eine positive Erfahrung in der Zusammenarbeit mit der jüdischen Gemeinde für eine Kampagne gegen die Versuche, Schlachtungsmethoden zu verbieten, die für koscheres und Halal-Fleisch erforderlich seien.

In anderen Mitgliedstaaten haben die Muslime nach Angabe der Befragten das Gefühl, dass die örtlichen Behörden trotz eines gesetzlich festgehaltenen Rechts zur Durchführung der Halal-Schlachtung manchmal versuchen, die Ausübung dieses Rechts durch die Auferlegung von Bedingungen zu verhindern:

> *„Das Gericht gestand den Muslimen das Recht auf ihre Schlachtungsmethode zu. Aber sie sagten, wir bräuchten eine zusätzliche Genehmigung ... Beispielsweise gibt es in Nordrhein-Westfalen, dem Bundesland mit dem größten muslimischen Bevölkerungsanteil, in dem rund 30 Prozent der Bewohner Muslime sind, nicht eine einzige Genehmigung, nicht eine einzige. Es ist unglaublich! Wenn man versucht, eine Genehmigung einzuholen, wollen sie zuerst wissen, wo die Nachfrage besteht. Man darf nur zur Befriedigung des eigenen Bedarfs schlachten, weshalb man den Bedarf nachweisen muss. Das ist dumm. Es bedeutet, dass ein Fleischer losgehen muss, um Kunden zu suchen und eine Liste der Leute zu machen, die Halal-Fleisch kaufen möchten."* (Mann, Deutschland)

4.1.2 Bau von Moscheen

Einige Befragte schilderten den Widerstand, auf den Muslime bei den örtlichen Behörden und in den Gemeinden stoßen, wenn sie eine Genehmigung zum Bau einer Moschee beantragen. Beispielsweise berichteten Muslime aus Österreich, die zuständigen Stellen hätten geraten, Pläne für den Bau einer Moschee geheim zu halten:

> *„Der Bürgermeister sagte ihnen: ‚Ja, Sie können eine Moschee bauen, aber sagen Sie bitte nicht laut, dass Sie eine Moschee bauen. Sagen Sie, dass Sie ein Kulturzentrum errichten werden, und bringen Sie mir die Pläne, aber ich will auf den Entwürfen kein Minarett sehen.' Das bedeutet, dass er selbst kein Problem mit einer Moschee hat, aber dass er glaubt, dass die Bürger dagegen sein werden und dass er nicht wieder gewählt wird, wenn der Bau einer Moschee bekannt wird."* (Mann, Österreich)

Ein Befragter erklärte, dass es in Dänemark in den 1990er Jahren zu öffentlichen Protesten gegen den geplanten Bau eines muslimischen Kulturzentrums gekommen sei. Berichten zufolge habe das Verteidigungsministerium aufgrund der Proteste den Pachtvertrag für das Grundstück gekündigt, auf dem das Zentrum errichtet werden sollte. In einer italienischen Stadt habe der Bürgermeister in Reaktion auf den Plan der örtlichen muslimischen Gemeinde, eine Moschee zu bauen, mit der Bildung einer überparteilichen Integrationskommission reagiert, die sich mit der Frage beschäftigen sollte.

4.1.3 Religiöse Erziehung und islamische Schulen

Die diesbezüglichen Regelungen in den Mitgliedstaaten sind unterschiedlich. Bildung und Schulen sind ein Schlüsselbereich, in dem die Muslime politische Anpassungen der Politiken anstreben, die ihre Bedürfnisse besser erfüllen. Befragte aus Spanien berichten, dass der Religionsunterricht für muslimische Schüler in diesem Land mit öffentlichen Mitteln unterstützt werde und dass Pilotprogramme in jenen Städten eingeleitet worden seien, in denen der Bevölkerungsanteil der Muslime besonders hoch ist. In Deutschland haben die Schüler das Recht auf Religionsunterricht in den staatlichen Schulen, der von Organisationen der betreffenden Religionsgemeinschaft angeboten wird. Allerdings berichten die Befragten, die Versuche zur Umsetzung dieser Regelung stießen auf Widerstand seitens der Bildungsbehörden. In Berlin sei dieses Recht erst nach einem 18 Jahre dauernden Kampf anerkannt worden.

In den Niederlanden erhalten konfessionelle Schulen, einschließlich der muslimischen Schulen, staatliche Unterstützung. Die Folge ist, dass die Muslime einige islamische Schulen gegründet haben. Allerdings geht aus den Interviews hervor, dass die Muslime den Eindruck haben, die Regeln für die staatliche Finanzierung religiöser Schulen seien geändert worden, um ihnen den Zugang zu den Fördermitteln zu erschweren:

> *„Sie machen es mittlerweile tatsächlich schwieriger. Früher war es in Holland sehr einfach, eine Schule zu gründen. Als sie all die islamischen Schulen sahen, erschraken sie ein wenig und hegten auch Befürchtungen bezüglich der Qualität. Daher machen sie es mittlerweile schwerer. Beispielsweise brauchte man früher nur 150 Kinder, um den Schulbetrieb aufnehmen zu können, doch heute braucht man 250 Schüler oder eine bestimmte Zahl von Eltern."* (Mann, Niederlanden)

Im Allgemeinen geht aus den Interviews jedoch hervor, dass die Muslime in den Niederlanden durchaus das Gefühl haben, Zugang zu Zuschüssen für die Dienste zu haben und Änderungen an den Diensten verlangen können, die ihre Bedürfnisse erfüllen.

4.1.4 Anbieter anderer Dienste

In Österreich berichten die Befragten über ein wachsendes Interesse der Anbieter im Gesundheitswesen, mehr über die Bedürfnisse muslimischer Patienten herauszufinden. Diese Bemühung beruht auf der Erkenntnis, dass eine angemessene medizinische Versorgung nur möglich ist, wenn sich die Patienten wohl fühlen und wenn ihre religiösen Bedürfnisse erfüllt werden. Auch in den Niederlanden berichten die Befragten, dass die Krankenhäuser in der Lage sind, Halal-Speisen anzubieten. Einige Krankenhäuser beschäftigen zudem muslimische Seelsorger.

4.1.5 Das Kopftuch

Die Frage des Kopftuchs ist komplex und facettenreich, aber die in Frankreich befragten Muslime haben den Eindruck, dass das Verbot religiöser Symbole in den Schulen eindeutig auf das Kopftuch abzielt:

> *„In Frankreich bezeichnet die Regierung das Verbot des Kopftuchs als Gesetz, mit dem sämtliche religiösen Symbole in den Schulen verboten werden, aber was wurde tatsächlich verboten? Es wurde verboten, den Hidschab zu tragen! Sie haben auch das Tragen großer Kreuze verboten, aber es gibt keine Christen, die große Kreuze tragen…"* (Mann, Frankreich)

In Deutschland berichten Befragte, die Einführung von örtlichen Bestimmungen zum Verbot des Kopftuchs habe zur Folge gehabt, dass es muslimischen Frauen schwerer haben, einen Arbeitsplatz in der Privatwirtschaft zu finden:

> *„Bevor diese Maßnahme ergriffen wurde, war es für eine Frau, die ein Kopftuch trug, zum Beispiel nicht schwer, einen Arbeitsplatz zu finden. Es gab Fälle, die deutlich machten, dass ein Arbeitgeber kein Recht hatte, eine muslimische Frau abzulehnen, weil sie ein Kopftuch trug. Er muss ihr die Arbeit geben. Er kann sie nicht hinauswerfen. Nachdem das Gesetz herausgekommen war, das es muslimischen Frauen, die ein Kopftuch trugen, untersagte, in Schulen zu arbeiten, traten die gleichen Probleme auch in den Unternehmen auf."* (Mann, Deutschland)

> *„Das Verbot des Hidschab wirkte sich auf uns alle aus. Es begann im öffentlichen Dienst, aber mittlerweile betrifft es auch die Privatwirtschaft. Muslimische Frauen haben es sehr, sehr schwer, einen Arbeitsplatz zu finden, weil die Leute denken: ‚Wenn der Staat diese Leute nicht einstellen will, warum sollte ich es dann tun?'"* (Frau, Deutschland)

Ein Befragter äußerte die Ansicht, das Verbot des Kopftuchs biete den Schulen die Möglichkeit, die Sichtbarkeit der Muslime zu verringern:

„Das Verbot des Hidschab ist eine Möglichkeit, um eine Schule zu ‚reinigen', um sie [die Muslime] loszuwerden. Natürlich werden die Muslime weiter zur Schule gehen, aber so kann man der Schule ein sauberes Image geben.... Wenn es in einer Schule mit einem guten Ruf zu viele Hidschabs gäbe, wäre es zu deutlich sichtbar, dass diese Schule von jungen Muslimen oder jungen Einwanderern besucht würde ... Nun besucht die Mehrheit der Musliminnen die öffentlichen Schulen, die den Hidschab akzeptieren. Ich glaube, die meisten Schulen, die den Hidschab verbieten, tun es aus diesem Grund." (Junger Mann, Belgien)

In Belgien hatten die Muslime nach Angabe der Befragten befürchtet, die Kommission für den interkulturellen Dialog würde in ihrem diesbezüglichen Bericht ein Verbot des Kopftuchs empfehlen. Doch die Kommission gelangte zu keinem eindeutigen Ergebnis, und die Befragten erklärten, der Bericht sei in den Augen der Muslime fair und ausgewogen:

„Sie [die Kommission] sagten, sie konnten zu keiner Entscheidung gelangen. Also erklärten sie nach sämtlichen Anhörungen: ‚Wenn wir es verbieten, wird es viele Probleme geben. Wenn wir es nicht verbieten, wird es Probleme geben. Wir können uns nicht entscheiden, da beide Optionen in Ordnung sind und jeweils Vor- und Nachteile haben.' Also gelangten sie eigentlich zu keinem klaren Ergebnis ... Für uns ist ein solcher Bericht sehr interessant, denn er bedeutet, dass ein totales Verbot nicht möglich ist, wenn man die Angelegenheit objektiv betrachtet." (Junger Mann, Belgien)

In Frankreich glauben die Befragten, dass das Verbot in den öffentlichen Schulen zur Entstehung eines negativen Klimas für die Muslime geführt hat:

„Seit dieses Gesetz in Frankreich angewandt wird, setzt sich in der gesamten Gesellschaft die Meinung durch, dass den Muslimen ihre Rechte vorenthalten werden sollten. In Frankreich wurde verbreitet, dass es in Ordnung sei, die Muslime und die Glaubens- und Religionsfreiheit abzulehnen. Es ist auch zu beobachten, dass Islamfeindlichkeit und die Diskriminierung von Muslimen von dem Zeitpunkt, da die Debatte über dieses Gesetz (über das Verbot des Kopftuchs) begann, bis zu dem Zeitpunkt, als das Gesetz in Kraft trat, zugenommen haben." (Junge Frau, Frankreich)

In Frankreich haben die Befragten auch den Eindruck, dass die Bereitschaft der staatlichen Einrichtungen sinkt, bei der Erbringung von Diensten die Bedürfnisse der Muslime zu berücksichtigen. Die Befragten sehen einen Zusammenhang zwischen dieser wachsenden Ablehnung und der Debatte über das Verbot des Kopftuchs:

„Es ist mittlerweile fast eine Ausnahme, wenn sie auf die Bedürfnisse der Muslime und auf die muslimische Gemeinschaft Rücksicht

> *nehmen. Das ist alles auf die Kampagne für das Verbot des Kopftuchs in Frankreich zurückzuführen. ... Es hat sich überall der Grundsatz durchgesetzt, dass die Bedürfnisse der Muslime nicht berücksichtigt werden sollten. Das sieht man in Krankenhäusern und allen möglichen anderen Einrichtungen, etwa in den Universitäten."* (Junge Frau, Frankreich)

Ein Befragter aus den Niederlanden schilderte einen Vorfall in einem Café in Den Haag, das seinen Gästen das Tragen von Hüten untersagte. In den Augen der niederländischen Muslime war diese Maßnahme eindeutig gegen Frauen gerichtet, die ein Kopftuch tragen. In Deutschland berichten Muslime, dass sie selbst dann, wenn die Vorschriften das Tragen des Kopftuchs erlauben oder wenn es zulässig ist, auf Ausweisfotos ein Kopftuch zu tragen, auf Widerstand seitens der Beamten stoßen. Sie haben das Gefühl, dass die Beamten die Tatsache ausnutzen, dass die Anfechtung einer behördlichen Entscheidung zumeist beträchtliche Mühe erfordert und lange dauert, weshalb die Muslime in der Praxis zu Kompromissen gezwungen sind. Aus den Interviews geht hervor, dass Personen, die eindeutig Muslime sind, in Bereichen wie dem Wohnungswesen besonders deutlich von Diskriminierung betroffen sind:

> *„Wenn ein Mann zur Wohnungssuche seine Frau mitnimmt und diese das Kopftuch trägt, hat er keine Chance, einen Mietvertrag zu bekommen. Entweder er geht allein, oder er schickt jemand anderen!" (Mann, Deutschland)*

4.2 Regelungen zum Schutz vor Feindseligkeit und Unterstützungsmaßnahmen

Nach Erfahrung der Befragten ist es in den meisten Fällen, in denen Muslime Diskriminierung oder Feindseligkeit ausgesetzt sind, unwahrscheinlich, dass ein derartiges Verhalten offiziell angezeigt wird. Befragte aus Deutschland verweisen darauf, Maßnahmen gegen islamfeindliche Diskriminierung scheiterten unter anderem daran, dass es historisch keine Rechtsvorschriften über den Schutz vor religiöser Diskriminierung gebe. Selbst dort, wo Gesetze erlassen worden seien, die religiöse Gruppen vor Diskriminierung schützen könnten, mangele es an entsprechenden Informationskampagnen, um die Menschen über ihre Rechte aufzuklären.

> *„Es wird, wie Sie wissen, über dieses neue Antidiskriminierungs-gesetz diskutiert, doch es ist ein echtes Problem, dass die Leute nicht einmal wissen, dass es dieses Gesetz gibt. Die Medien haben überhaupt nicht darüber informiert ... Die Regierung hat nicht darüber Bericht erstattet."* (Mann, Österreich)

Wenn die mangelnde Kenntnis der eigenen Rechte nicht das Problem ist, ist es nach Ansicht der Befragten der große zeitliche und finanzielle Aufwand, der Muslime davon abhält, ihre Rechte einzuklagen. Dort, wo muslimische Organisationen den

von Diskriminierung betroffenen Personen helfen, ihre Rechte geltend zu machen, machen diese Organisationen die Erfahrung, dass sie von der Öffentlichkeit mit Misstrauen betrachtet werden.

Die Befragten im Vereinigten Königreich haben den Eindruck, dass Muslime, die mit religiöser Diskriminierung und Islamfeindlichkeit konfrontiert sind, keine ausreichende institutionelle Unterstützung genießen und bei Klagen wegen beruflicher Diskriminierung nur begrenzte finanzielle Unterstützung für den Rechtsbeistand erhalten. Die Gleichbehandlungsstellen befassen sich nicht direkt mit Fragen der religiösen Diskriminierung oder der Islamfeindlichkeit. Daher haben die Befragten das Gefühl, dass von Diskriminierung betroffene Muslime zwar Rechtsansprüche, jedoch keinen wirklichen Zugang zu den entsprechenden Rechtsmitteln haben:

> *„In unseren Fällen sind wir mit dem Problem konfrontiert, dass die Diskriminierung am Arbeitsplatz zwar aufgrund der europäischen Gesetze mittlerweile illegal ist, dass es jedoch keine Infrastruktur zur Unterstützung für Diskriminierungsopfer gibt. Sie erhalten keine rechtliche Unterstützung. Nur sehr wenige Rechtsanwälte sind bereit, auf der Basis des Grundsatzes ‚kein Erfolg, kein Honorar' an Diskriminierungsfällen zu arbeiten. Daher genießen die Opfer zwar rechtlichen Schutz, haben jedoch niemanden, an den sie sich wenden können."* (Mann, Vereinigtes Königreich)

Die in den Niederlanden und in Belgien geführten Interviews deuten darauf hin, dass die Muslime die Menschenrechts- und Gleichbehandlungseinrichtungen unterstützen und ihnen vertrauen. Hingegen geht aus den in Dänemark geführten Interviews hervor, dass die Arbeit des Instituts für Menschenrechte im Bereich Diskriminierung in den Augen der Muslime durch einen Mangel an Mitteln beeinträchtigt wird. Im Vereinigten Königreich haben die Befragten das Gefühl die wichtigste Einrichtung für den Kampf gegen rassistische Diskriminierung konzentriere sich nicht ausreichend auf das Problem der Islamfeindlichkeit.

Im Allgemeinen machen es die Komplexität der Diskriminierung, ihre subtile Wirkungsweise und die schwierige Beweisführung sehr schwer, Diskriminierung vor Gericht nachzuweisen.

Einige Befragte sehen in der fehlenden Staatsbürgerschaft den Grund dafür, dass es Muslimen am Selbstvertrauen mangelt, sich gegen Diskriminierung zu wehren. Andere denken, viele Muslime glaubten, es sei unwahrscheinlich, dass Beschwerden zu Anklagen führten:

> *„Beispielsweise sagte im Supermarkt jemand zu meiner Frau: ‚Geht zurück in euer Land!' Das ist eine Form der verbalen Belästigung. Aber wird sie sich darüber beklagen? Gäbe es eine moslemische Organisation, die gegen Diskriminierung kämpfte, könnte sie den Vorfall melden, was sehr positiv wäre. Die Leute… vertrauen nicht darauf, dass etwas geschehen wird."* (Mann, Niederlande)

Darüber hinaus erklären die Befragten, dass die Infragestellung institutioneller Praktiken, die die Muslime benachteiligen, begrenzt sei. Selbst wenn einzelne Personen innerhalb der Einrichtungen versuchten, die Situation zu verbessern, seien ihre Möglichkeiten beschränkt:

> *„Veränderungen hängen oft von den Strukturen in den Einrichtungen und von ihren Beziehungen zur Regierung ab. Möglicherweise sprechen wir mit Personen in einer Einrichtung, die nicht nur bereit sind, die interne Kultur dieser Organisation zu verändern, sondern sich sogar verzweifelt um solche Veränderungen bemühen, dazu jedoch nicht in der Lage sind, weil ihre Möglichkeiten ebenfalls beschränkt sind."* (Mann, Vereinigtes Königreich)

Obwohl die muslimischen Gruppen in Frankreich auf einige Probleme stoßen, betrachten sie das Gesetz als wichtiges Werkzeug zur Bekämpfung der Diskriminierung. Ein Befragter aus Frankreich äußerte die Ansicht, dass die französischen Gesetze gegen die Diskriminierung sehr gut seien, dass die muslimische Gemeinschaft nun jedoch die Diskriminierungsopfer in einem Rechtsstreit beraten und unterstützen müsse, damit sie ihre Ansprüche auch vor Gericht durchsetzen könnten.

> *„Ich denke, die Zeiten haben sich geändert. Die vorangegangene Generation, das heißt die Generation meiner Eltern ... hat zahlreiche Ungerechtigkeiten erlitten und wurde diskriminiert, ohne sich dagegen wehren zu können. Unsere Eltern konnten ihre Rechte nicht geltend machen, was daran liegen könnte, dass ihnen die Mittel dazu fehlten oder dass sie ihre Rechte nicht richtig kannten. Aber diese Generation ist hier aufgewachsen und kennt ihre Rechte, sie ist sich ihrer Staatsbürgerschaft bewusst ... und will ihre Rechte einfordern. Sobald ein Problem auftritt, reagiert diese Generation. Es gibt Vereinigungen, die versuchen, die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen, seien es nun einzelne Personen oder Einrichtungen, und diese Vorgehensweise trägt Früchte."* (Mann, Frankreich)

4.3 Behandlung durch die Polizei und das Strafrechtssystem

Die Befragten äußern sehr unterschiedliche Einschätzungen und Erfahrungen bezüglich der Behandlung der Muslime durch die Polizei und das Strafrechtssystem. Die Interviews haben einige Beispiele für Maßnahmen zutage gefördert, die von den Befragten als vorbildliche Maßnahmen betrachtet werden. In Belgien erklären die Befragten, die Berufsausbildung habe die Fähigkeit der Polizeibeamten erhöht, einfühlsam mit der muslimischen Gemeinschaft umzugehen. Daher seien die Muslime davon überzeugt, sich bei einem ernsten Vorkommnis an die Polizei wenden zu können. In den Niederlanden berichten die Befragten, nach der Ermordung von Theo van Gogh hätten die Polizei und die örtlichen Behörden mit den örtlichen muslimischen Organisationen zusammengearbeitet, um Schritte zur Gewährleistung der Sicherheit der Muslime zu ergreifen. In Österreich begrüßen die Befragten, dass die Polizeibeamten im Rahmen von Schulungsprogrammen Zeit in

Einrichtungen der muslimischen Gemeinschaft - wie zum Beispiel in einer Moschee - verbringen. In Griechenland wird berichtet, dass die Muslime dem Justizsystem im Allgemeinen vertrauen. Auch in Italien zeigen die Interviews, dass die Muslime die Justizbehörden als unparteiisch und fair betrachten.

Die befragten Muslime berichten über eine zunehmende Kommunikation zwischen der Polizei und der muslimischen Gemeinschaft infolge der Einführung von Mechanismen wie Verbindungsgruppen oder Gemeindeforen. So finden beispielsweise in Deutschland Treffen zwischen dem Muslimrat und hochrangigen Polizeibeamten statt, in denen Probleme der muslimischen Gemeinschaft besprochen werden. Allerdings machen die Muslime teilweise auch schlechte Erfahrungen mit derartigen Mechanismen.

Nach Erfahrung eines Befragten, der an einem solchen Forum teilnimmt, handle es sich lediglich um ‚kosmetische' Maßnahmen, um PR-Maßnahmen, die von der Polizei dazu genützt würden, um die Gemeinschaft über bereits gefällte Entscheidungen zu informieren und um Hinweise und Informationen über die Gemeinschaft zu sammeln, anstatt einen Dialog mit dem Muslimen zu beginnen und mit ihnen über verschiedene Optionen zu diskutieren. Die Interviews zeigen, dass die größte Herausforderung für die Polizei weiterhin darin besteht, das Vertrauen der jungen Muslime zu gewinnen.

Muslime haben das Gefühl, manchmal als suspekte Gemeinschaft betrachtet zu werden. Ein Befragter aus dem Vereinigten Königreich äußerte seine Wut über den Fall eines muslimischen Universitätsstudenten, der auf offener Straße angegriffen und derart schwer misshandelt wurde, dass er ins Koma fiel.

> *„Als er aus dem Koma erwachte, war er schwer behindert und blind. Während er im Koma lag, untersuchte die Polizei, die in dem Fall ermittelte, ob er ein Terrorist war. Es war empörend! Der Junge war auf der Straße zusammengeschlagen worden und lag im Koma, und trotzdem befragte die Polizei, die den Angriff auf ihn untersuchen sollte, seine Freunde dazu, wie religiös er sei, wie viele Moscheen er besuche und welches seine religiösen Überzeugungen seien. Das ist absurd!"* (Frau, Vereinigtes Königreich)

Einige Befragte schilderten, besonders negativ seien die Erfahrungen im Hinblick auf die Behandlung durch Polizeibeamte gewesen, die an Ermittlungen in terroristischen Aktivitäten beteiligt waren. Es wurden verschiedene Bedenken geäußert. Eine Erfahrung betraf das Verhalten der Polizei bei der Befragung von Personen, eine andere das Verhalten der Polizei in Bezug auf die Moscheen. Die Befragten berichteten von Fällen, in denen Polizisten eine Moschee mit Schuhen betreten oder Hunde mit hinein genommen hätten. Ein solches Vorgehen vermittle den Muslimen den Eindruck, von der Polizei nicht respektiert zu werden. Die Befragten bezeichneten solche Maßnahmen als kontraproduktiv und ungeeignet, das Vertrauen zu fördern.

Die Befragten erklären, Muslime reagierten oft mit Frustration und Wut darüber, dass Polizeirazzien ein großes Echo in den Medien fänden, wobei ihrer Ansicht nach

unbegründete und nicht bewiesene Anschuldigungen als Tatsachen dargestellt werden, während die Medien nicht berichten, wenn sich nach Abschluss der Untersuchungen herausstellt, dass die verhafteten oder verhörten Muslime unschuldig sind.

> *„Es gab Fälle, in denen Muslime ohne Grund verhört werden, und später entschuldigt sich die Polizei nicht einmal. Das geschah im Fall einer meiner Schülerinnen. Die Polizei erschien eines Morgens schwer bewaffnet im Haus ihrer Eltern und brachte sogar eine Kamera mit, so als wären sie wirklich die Schuldigen. Dann durchsuchten sie die Wohnung und die Eltern und nahmen sie anschließend zum Verhör mit. Später stellte sich heraus, dass sie überhaupt nichts gefunden hatten. Sie fanden nicht den geringsten Beweis, die Maßnahme war vollkommen unbegründet. Jemand entschuldigte sich, aber nicht in der Öffentlichkeit."* (Frau, Deutschland)

Die Erfahrungen in den einzelnen Mitgliedstaaten sind unterschiedlich: In Italien zeigen die Interviews, dass Muslime die Verhaftungen zwar als „*Fischzüge*" betrachten, die ungerechterweise auf Muslime abzielen. Andererseits erklären, die Befragten, die Muslime hätten Vertrauen in andere Teile des Strafrechtssystems:

> *„In Neapel umzingelten sie vor etwa zwei Jahren rund 20 bis 25 Pakistaner in einem Gebäude. Es hieß, es sei ‚Osama bin Ladens Außenposten in Neapel'. Hören Sie, wenn das richtig war, hätten sie dann alle im selben Gebäude gelebt? Es wurde berichtet, die Polizei habe Metallrohre, die für Bomben und Ähnliches hätten verwendet werden können, und irgendein seltsames Pulver gefunden. Es stellte sich heraus, dass es sich bei dem Pulver um Gewürze handelte, die zum Kochen verwendet wurden, und die Metallrohre erwiesen sich als Glockenspiele, die man an die Tür hängt. Wenigstens waren die italienischen Gerichte ehrlich, und als sie sahen, dass das alles Unfug war, legten sie den Fall zu den Akten und ließen diese Leute frei."* (Mann, Italien)

Aus einigen anderen Ländern wird jedoch berichtet, dass sich die Muslime dort von Teilen des Justizsystems unfair behandelt fühlen.

> *„Wir können nicht sagen, dass die französischen Muslime heute von den Justizbehörden fair behandelt werden. Es gab den Fall eines Gerichts, in dem eine muslimische Frau als Geschworene ausgewählt worden war. Sie trug das Kopftuch, und der Justizminister, der sich gerade in Spanien aufhielt, rief in Frankreich an und forderte das Gericht auf, diese Frau aus den Geschworenen zu entfernen. Unter solchen Umständen kann es kein Vertrauen in diese Behörden geben."* (Mann, Frankreich)

5. Diskriminierung in sozioökonomischen Bereichen

5.1 Diskriminierung im Wohnungswesen

Als Gastarbeiter, die in erster Linie für gering bezahlte Tätigkeiten angeworben wurden, siedelten sich die Muslime in Nordeuropa in einigen der ärmsten Viertel in den Industriestädten an. In vielen Fällen führte der wirtschaftliche Abschwung in den 1970er und 1980er Jahren dazu, dass viele gering bezahlte Arbeitsplätze verloren gingen. Einige Gemeinschaften gerieten so in einen Kreislauf der Armut. Die Befragten nennen verschiedene Faktoren, die die Möglichkeiten der Muslime auf dem Wohnungsmarkt beeinträchtigen, darunter unzureichende finanzielle Mittel, den Wunsch, in der Nähe von Gemeinschaftseinrichtungen zu wohnen, sowie direkte Diskriminierung. Aus den Interviews geht hervor, dass Muslime bei der Wohnungssuche regelmäßig direkter Diskriminierung ausgesetzt sind.

> *„Ich war auf der Suche nach einer Wohnung und ging mit meiner Frau eine freie Wohnung ansehen. Die erste Frage, die mir gestellt wurde, lautete: ‚Trägt Ihre Frau ständig das Kopftuch?' Ich antwortete: ‚Ja, was ist das Problem?' ‚Nun, vielleicht sollten Sie eine schriftliche Erklärung dazu abgeben, ob sie hier integriert sind oder nicht.' Ich schrieb diese Erklärung. Ich erhielt die Wohnung nicht, es ist offensichtlich, aus welchem Grund."* (Mann, Deutschland)

Die Diskriminierung von Muslimen kann sich auch in weniger direkten Formen äußern:

> *„Wenn man sich um eine Sozialwohnung bewirbt, wird immer gefragt, wie viele Kinder man hat, ob man die Landessprache (Französisch oder Flämisch) beherrscht, woher man stammt und so weiter. Mit anderen Worten, das Privatleben wird an die Öffentlichkeit gezerrt. Es wird nie nach dem Status einer Person gefragt (ob sie eine Aufenthaltsgenehmigung oder einen Personalausweis hat), aber es wird immer nach ihrem Privatleben gefragt." (Mann, Belgien)*

In den Niederlanden erklärte eine Befragte, die Wohnungspolitik fördere ihrer Meinung nach die Segregation:

> *„Wir leben gegenwärtig in einem wirklich armen Stadtteil von Rotterdam. Wir sind auch arm, und deshalb leben wir dort! Doch jetzt werden all diese Mietshäuser abgerissen. An ihrer Stelle werden sehr teure Häuser gebaut werden, die nicht zu mieten sondern nur zu kaufen sind ...sie sagen uns, dass wir eine Kaufoption auf diese neuen Häuser haben werden, aber es werden sehr teure Häuser sein. Also sagt man: ‚Leider kann ich mir dieses Haus nicht leisten.' Und die Antwort lautet: ‚In Ordnung, wir haben ein anderes Mietshaus für Sie*

> *in einem Stadtteil, in dem bereits zahlreiche Ausländer leben ... Die Niederländer ziehen eher in die Vororte hinaus ... So wie ich es sehe, geht der Trend in Richtung Schaffung von Ghettos, nicht weil sie möchten, dass Ghettos entstehen, sondern weil sie wollen, dass die Niederländer zusammenleben. Die Niederländer wollen nicht, dass sich ihre Kinder mit Ausländern mischen."* (Junge Frau, Niederlande)

5.2 Diskriminierung im Bildungswesen

Aus den Aussagen der Befragten geht hervor, dass junge Muslime teilweise sehr schlechte Erfahrungen mit dem Bildungswesen machen:

> *„Das erste, was ich in der deutschen Schule über die Kultur meiner Vorfahren hörte, betraf das Osmanische Reich. Der Lehrer erklärte uns, dass die Osmanen Wien belagert hätten. Dann atmete er tief durch und sagte: ‚Gott sei Dank besiegten wir sie, denn ansonsten hättet ihr heute große Probleme.' Er sah die Jungen an und sagte: ‚Ihr wäret alle beschnitten worden.' Dann wandte er sich an die Mädchen und sagte: ‚Ihr müsstet Kopftücher tragen.' Schließlich sah mich die ganze Klasse an, und sie sagten: ‚Es ist sehr gut, dass eure Leute den Krieg verloren haben, denn ansonsten hätten wir heute ein Problem.' Als ich nach Hause kam, hatte ich Schuldgefühle, weil ich aus einer so schlechten Kultur stammte, und ich hatte immer das Gefühl, mich dafür entschuldigen zu müssen, dass meine Eltern aus der Türkei stammen."* (Mann, Deutschland)

> *„Im hiesigen Bildungssystem gibt es zwei Niveaus: auf der einen Seite gibt es die angesehenen Schulen, die wirklich sehr gut sind, und auf der anderen Seite gibt es Schulen mit sehr niedrigem Niveau. Die muslimischen Eltern haben das erkannt und beginnen, ihre Kinder in die besseren Schulen zu schicken. Aber als die Behörden das gesehen haben, haben sie begonnen, die Zahl der Kinder aus arabischen oder türkischen Familien unter dem Vorwand zu begrenzen, sie müssten die Qualität des Unterrichts an diesen Schulen erhalten. Daher stehen muslimische Familien vor einer großen Integrationshürde. Die muslimischen Kinder sind auf die weniger guten Schulen beschränkt, in denen sie eine schlechtere Bildung erhalten werden. So werden sie schließlich am Rande der Gesellschaft leben müssen. Leider ist es schwer zu beweisen, dass diese Diskriminierung weiterhin stattfindet, da die Schuldirektoren den Eltern eher mündlich als schriftlich antworten."* (Mann, Belgien)

Die Teilnehmer einer Fokusgruppe in den Niederlanden berichteten über eine Schule, in der die Schüler in eine Gruppe der (weißen) Niederländer und in eine Ausländergruppe unterteilt worden waren, der sogar nicht weiße Niederländer angehörten, deren Familien vor zwei oder drei Generationen eingewandert sind:

„In der Oberschule, die ich besuchte, gibt es gegenwärtig getrennte Klassen für niederländische und ausländische Schüler. Ein Vater, der mit meinem Ehemann befreundet ist, fragte die Schulleitung: ‚Warum tun Sie das? Ich habe meinen Sohn in diese Schule geschickt, damit er mit Niederländern zusammenkommt.' Die Antwort lautete: ‚Wir möchten die niederländischen Schüler halten, und sie werden diese Schule verlassen, wenn sie mit Ausländern gemischt werden.' Und das geschieht in Rotterdam. Es ist eine große Schule. Mit sechs Klassen. Sie trennen die Schüler nach Nationalität, so dass die Niederländer in einer und die Ausländer in einer anderen Gruppe unter sich sind. Es ist eine ethnische Trennung. Wenn die niederländische Familie muslimisch ist, was selten vorkommt, ist es gleichgültig, auch wenn die Schüler hier geboren sind. Wenn du ausländischer Herkunft bist, wenn du einen ausländisch klingenden Namen hast, ... wirst du in diese Klasse gesteckt ..." (Junge Frau, Niederlande)

Sie schilderte, dass ein anderer Vater am Elternsprechtag in die Schule gegangen ist, um sich nach den Fortschritten seiner Tochter zu erkundigen. Zu seiner Überraschung habe er feststellen müssen, dass seine Tochter in einer ‚Ausländerklasse' war, die vollkommen von drei anderen, ‚weißen' Klassen getrennt war.

„Er war echt schockiert und sagte: ‚Das ist doch nicht möglich. In was für einem Land leben wir?' Er fragte die Lehrer: ‚Was geht hier vor? Was soll das?' Die Antwort war: ‚Ansonsten verlieren wir die weißen Schüler, da die Eltern sie in andere Schulen schicken.' Traurig ist auch, dass die Lehrer dieser ‚farbigen' Klassen ebenfalls Ausländer sind und dass der Mathematiklehrer nicht gut niederländisch spricht. Daher spricht sie [seine Tochter] besser niederländisch als ihr Lehrer." (Junge Frau, Niederlande)

5.3 Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt

Die Befragten sind der Meinung, dass Muslime sowohl mit ethnischer als auch mit religiöser Diskriminierung konfrontiert sind, und die meisten glauben, dass diese Diskriminierung sowohl bei der Wahl von Arbeitskräften als auch am Arbeitsplatz weit verbreitet ist. Die Befragten nannten zahlreiche Beispiele direkter und offener Diskriminierung.

Nach Angaben der Befragten glauben viele Muslime, dass ein Stellenbewerber mit einem muslimischen Namen eher abgelehnt werden wird. Ein Befragter hatte die Erfahrung gemacht, dass Hinweise auf eine Tätigkeit in muslimischen gemeinnützigen Organisationen im Lebenslauf eine Diskriminierung zur Folge haben können:

> *„Ich hatte mein Studium vor einiger Zeit abgeschlossen und beteiligte mich an einigen Projekten einer muslimischen Jugendorganisation ... Anschließend wollte ich mich um eine Stelle bewerben. Also erwähnte ich in meinen Lebenslauf, dass ich in verschiedenen muslimischen Einrichtungen aktiv sei ... Das war offenbar ein Fehler, denn ich wurde zu keinem einzigen Bewerbungsgespräch eingeladen. Also entschloss ich mich, meine Strategie zu ändern. Ich nahm den Hinweis auf die muslimischen Organisationen aus dem Lebenslauf heraus und schrieb stattdessen ‚Migrantenorganisationen'. Diesmal wurde ich zu einigen Bewerbungsgesprächen eingeladen."* (Mann, Deutschland)

Befragte berichten darüber, dass Zeitarbeitsagenturen von Unternehmen aufgefordert werden, ihnen keine muslimischen Arbeitskräfte zu schicken. Sie nennen auch Beispiele muslimischer Arbeitnehmer in Deutschland, die gekündigt wurden, weil sie ein Sicherheitsrisiko darstellen könnten. Ein Befragter verwies auf Untersuchungen muslimischer Organisationen im Vereinigten Königreich, die zeigten, dass Diskriminierung am Arbeitsplatz in qualifizierten Tätigkeiten und in Berufen, in denen es wenige Muslime gibt, eher zu finden ist als in ungelernten und gering qualifizierten Tätigkeiten. Die Furcht vor Diskriminierung am Arbeitsplatz, so die Befragten, führe auch dazu, dass sich Muslime ungern für Mainstream-Tätigkeiten bewerben. Personen, die Diskriminierung erfahren haben, sprechen nicht gerne darüber, da sie befürchten, in eine Opferrolle gedrängt zu werden.

Aus den Interviews geht hervor, dass Muslime auf Schwierigkeiten stoßen können, wenn sie am Arbeitsplatz um Rücksichtnahme auf ihren Glauben ersuchen:

> *„Ich bewarb mich um eine Stelle in einer klinischen Praxis und führte ein Gespräch mit meiner potenziellen Vorgesetzten. Diese kannte einige Muslime und sagte: ‚Muslime beten. Beten Sie?' Ich antwortete: ‚Ja, wenn es möglich ist, würde ich gerne am Arbeitsplatz beten.' Sie dachte darüber nach, und wir sprachen erneut darüber. Sie sagte: ‚Was Sie da gesagt haben, hat mir nicht gefallen. Wir haben in unserem medizinischen Zentrum gegenwärtig keinen Gebetsraum' (Es gibt dort viele Räume). Und sie fuhr fort: ‚Wir haben keinen Gebetsraum für Sie, aber wenn Sie wirklich darauf bestehen, können Sie die Behindertentoilette verwenden.'"* (Junge Frau, Niederlande)

Die Befragten waren sich einig, dass in den meisten Mitgliedstaaten vor allem muslimische Frauen, die ein Kopftuch tragen, am meisten von Diskriminierung betroffen sind:

> *„In Tätigkeiten, in denen man in Kontakt mit der Öffentlichkeit kommt, findet man nicht viele Frauen, die ein Kopftuch tragen. In Deutschland findet man das nicht, da es dort einfach nicht geht. Das ist dort völlig unbekannt. Es gibt sehr, sehr wenige muslimische Lehrerinnen, die ein Kopftuch tragen. Heutzutage finden*

Musliminnen nur schwer einen Arbeitsplatz, da die Arbeitgeber glauben, sie könnten eines Tages mit einem Kopftuch am Arbeitsplatz erscheinen. Selbst wenn sie kein Kopftuch tragen, leiden sie unter Diskriminierung, weil sie eines Tages mit einem Kopftuch auftauchen könnten." (Frau, Deutschland)

„Ich bewarb mich um eine Teilzeitarbeit, aber ich bekam sie nicht. Die Arbeit bestand in der Reinigung der Räume, aber sie sagten: ‚Nein, unsere Firma ist gegen das Kopftuch, daher können wir Ihnen die Arbeit nicht geben.' Sie sagten: ‚Entweder Sie verzichten auf das Kopftuch, oder wir können Ihnen die Arbeit nicht geben.' Ich sagte: ‚In Ordnung, auf Wiedersehen!'" (Junge Frau, Deutschland)

„Es ist wirklich sehr mühsam. Verschleierte Frauen werden relativ selten eingestellt, zumeist nur in Unternehmen wie Call-Centern, wo sie keinen direkten Kontakt zu den Kunden haben. Im Großen und Ganzen werden sie auf dem Arbeitsmarkt abgelehnt." (Mann, Frankreich)

„Ich besuche eine Sekundarschule. Letztes Jahr absolvierte ich ein Praktikum in einem Unternehmen und stieß dabei auf ein Problem. Ich sollte vier Wochen dort bleiben, doch am Ende absolvierte ich nur drei Wochen. Dann verschlechterte sich die Beziehung zwischen mir und meiner Vorgesetzten im Unternehmen. Ich kannte diese Person gut, sie wusste, dass ich ein Kopftuch trug. Eines Tages kam ich zur Arbeit und erfuhr, dass mich jemand auf der Straße mit dem Kopftuch gesehen hatte. Diese Person hatte den Chef angerufen, und nun sagte mir meine Vorgesetzte: ‚Der Chef hat mich angewiesen, Dich zu entlassen. Wenn ich es nicht tue, werde ich selbst meinen Arbeitsplatz verlieren' ... Am Ende konnte ich das Praktikum nicht abschließen und musste das Schuljahr wiederholen. Ich war mir der Konsequenzen nicht bewusst gewesen. Ich hatte nicht gewusst, dass ich das Jahr wiederholen müsste, wenn ich das Praktikum nicht beendete." (Junge Frau, Frankreich)

Muslimische Frauen sind einer dreifachen Diskriminierung ausgesetzt: aufgrund des Geschlechts, der Rasse und der Religion. In manchen Fällen ist nicht klar, was der Grund der Diskriminierung ist:

„Man hat oft das Gefühl, abgelehnt zu werden. Ich bin aus Paris. Derzeit stehe ich auf der Liste einer Beschäftigungsagentur, und einmal erhielt ich ein Angebot für einen Einmonatsvertrag. Ich stellte mich in dem Unternehmen vor und absolvierte die Tests. Sie hatten bereits meinen Lebenslauf, aus dem hervorgeht, dass ich mit Office-Software umgehen kann. Nachdem ich die Tests hinter mir hatte, sagten sie mir, sie würden mich am folgenden Tag anrufen. ... Als sie sich nicht meldeten, rief ich bei der Firma an. Sie sagten mir, ich solle mich bei der Agentur erkundigen. ... Also rief ich wieder bei der

Agentur an. Ich erfuhr, dass das Unternehmen nicht länger nach einer Zeitarbeitskraft suchte, sondern mich als feste Mitarbeiterin einstellen wollte. Das war großartig. Sie sagten mir, ich solle am nächsten Tag den Vertrag unterzeichnen gehen. Doch dann erhielt ich einen Anruf des Unternehmens: Sie sagten mir, sie seien nicht mehr interessiert. Sie erklärten, das Ergebnis meines Tests sei nicht gut genug ... Aber vorher hatten sie mir bestätigt, dass ich den Test bestanden hatte. ... Daher hatte ich das Gefühl, diskriminiert worden zu sein, ich weiß nicht, ob als Muslimin, als französische Frau oder als Marokkanerin. Es ist einfach ein Gefühl." (Junge Frau, Frankreich)

In einigen Fällen argumentierten Arbeitgeber, sie würden Kunden verlieren, sollten sie Frauen beschäftigen, die ein Kopftuch tragen:

„Das Argument lautet, dass sie ein Produkt verkaufen wollen und ihren Kunden gefallen müssen ... Das ist in mancher Hinsicht schlimmer als zu sagen: ‚Ich werde Sie diskriminieren, weil ich keine Muslime mag.' In diesem Fall sagen sie: ‚Ich werde Sie diskriminieren, weil die Gesellschaft keine Muslime mag.'" (Mann, Belgien)

Ein Befragter aus Frankreich beschrieb die Begegnung seiner Ehefrau mit der Arbeitsmarktverwaltung, nachdem sie zwei Jahre lang arbeitslos gewesen war.

„Sie ging zu einem Gespräch mit einem Berater, der sie fragte, warum sie alle Stellenangebote ablehne. Sie sagte, sie habe die Angebote nicht abgelehnt. Stattdessen werde sie abgelehnt, wenn die Arbeitgeber sahen, dass sie ein Kopftuch trage. Die Arbeitgeber sagten, für sie selbst sei das eigentlich kein Problem, aber sie müssten an ihre Kunden denken. Also sagte der Berater zu meiner Frau: ‚Ist Ihnen klar, dass Sie von vornherein im Nachteil sind?'" (Mann, Frankreich)

Auf der anderen Seite wissen die Befragten auch von guten Erfahrungen im Zusammenhang mit Arbeitgebern, die bereit sind, Vorkehrungen zu treffen, um den Bedürfnissen ihrer muslimischen Mitarbeiter zu entsprechen. Ein Befragter nannte das Beispiel einer dänischen Eisenbahngesellschaft, die für ihre muslimischen Mitarbeiterinnen ein zur Uniform passendes Kopftuch eingeführt habe.

Befragte aus Italien und Spanien geben an, dass dort, wo muslimische Gemeinschaften nach wie vor weitgehend wirtschaftliche Migranten der ersten Generation sind, Muslime in erster Linie als Migranten diskriminiert werden. In Griechenland erklären die Muslime, dass sie einer indirekten Diskriminierung ausgesetzt seien, die darauf beruhe, dass die griechischen Stellen die in der Türkei erworbenen Qualifikationen ungern anerkennen.

6. Teilhabe und Vertretung

6.1 Politik und politische Entscheidungen

Einige Befragte haben das Gefühl, die Ansichten der Muslime würden auch dann nicht berücksichtigt, wenn die Muslime von den Politikern angehört werden. Diese Befragten erklären, die Muslime hätten manchmal das Gefühl, die Einladung zur Teilnahme an politischen Foren stelle keinen aufrichtigen Versuch der Einbeziehung der Muslime dar.

> *„Die Muslime werden zum Schein einbezogen. Die Regierung lädt Muslime nur ein, um sie dabei zu haben. Im Februar fand in Südafrika ein Treffen mit dem [lokalen] Minister statt, der Muslim ist. Also waren sie [die deutsche Lokalregierung] sehr daran interessiert, einen Muslim mitzunehmen, um zu zeigen, dass es hier eine muslimische Gemeinschaft usw. gibt. Man sieht also, dass sie sehr darauf erpicht sind, uns einzubinden, um einen guten Eindruck zu machen."* (Mann, Deutschland)

Die Befragten sind auch der Meinung, dass die muslimischen Organisationen selbst die Qualität ihres Beitrags zur politischen Debatte erhöhen müssten. Den Organisationen mangle es an Mitteln sowie an Kenntnissen und Verständnis:

> *„Es ist ein unlösbares Dilemma, denn die muslimischen Einrichtungen verfügen einfach nicht über ausreichende Mittel, ... Die muslimischen Vertreter selbst besitzen möglicherweise nicht dieses Format und die Professionalität, die sie gerne hätten. Die Ergebnisse der Arbeit dieser Organisationen sind von sehr geringer Qualität, und obwohl die Regierung mittlerweile die Muslime in verschiedenen Fragen anhört, sind wir der Aufgabe einfach nicht gewachsen und können unsere Anliegen nicht so gut vertreten, wie wir es uns wünschen würden."* (Frau, Vereinigtes Königreich)

In den meisten Ländern, aus denen die Befragten kommen, gibt es in den nationalen und regionalen Parlamenten Abgeordnete mit muslimischen Hintergrund. Die Befragten weisen darauf hin, dass die Muslime, die am zivilen und politischen Leben teilnehmen, üblicherweise eher als ‚Einzelpersonen mit muslimischem Hintergrund' und nicht als ‚Muslime' auftreten. Muslime, die bei einer Wahl kandidieren, rücken nur selten ihren religiösen Hintergrund in den Vordergrund, weil sie sich nicht in erster Linie aufgrund ihrer religiösen Identität definieren und dies im Wahlkampf kein Thema ist. In den meisten Fällen betrachten die Muslime die Parteizugehörigkeit der Kandidaten und ihre Haltung in politischen Fragen als vorrangig. Allerdings haben einige Befragte beobachtet, dass politisch aktive Muslime in den letzten fünf Jahren von den Medien und von Politikern zunehmend in Debatten über die muslimische Gemeinschaft insgesamt verwickelt wurden. Beispielsweise lud die britische Regierung unmittelbar nach den Bombenanschlägen in London muslimische Parlamentsabgeordnete zu Gesprächen in die Downing Street ein. Ein Befragter aus dem Vereinigten Königreich äußerte sein Befremden

darüber, wie von britischen Parlamentsmitgliedern, die eigentlich ihre Wählerschaft vertreten sollten, verlangt wurde, die muslimische Gemeinschaft zu vertreten.

6.2 Medien und populäre Kultur

Die Befragten nannten Beispiele für voreingenommene oder verzerrte Medienberichte, in denen die Muslime in einem negativen Licht dargestellt würden. Ein Befragter berichtete von einer im dänischen Fernsehen ausgestrahlten Reportage über *„Einwandererbanden, die sich auf den Krieg vorbereiten"*. In dem Bericht waren junge Männer mit Gewehren zu sehen; ihre Gesichter waren mit Palästinensertüchern verhüllt und sie sagten: *„Wir werden das ganze verfl….. Seeland einnehmen!"* Die jungen Männer gehörten angeblich einer Bande an, die sich „Triple A" nannte. Eine dänische Zeitung ging der Geschichte nach und fand heraus, dass es keinen Beweis für die Existenz dieser Gruppe gab. Die Polizei bestätigte ebenfalls, noch nie von der Gruppe gehört zu haben. Dann tauchten Hinweise auf, dass die Aufnahmen von den Jugendlichen ursprünglich möglicherweise für ein Musikvideo angefertigt, stattdessen jedoch für die Reportage verwendet worden waren. Einer der auf dem Video zu sehenden jungen Männer verklagte den Sender wegen Rufschädigung. Schließlich wurde ein leitender Angestellter aus der Nachrichtenredaktion zum Rücktritt gezwungen, und die Geschichte wurde zur Untersuchung an die Pressekommission weitergeleitet.

> *„Die Geschichte wurde von TV2, einem der größten öffentlichen Fernsehsender, ausgestrahlt, und dies ist nicht der erste Fall. Es ist schon vorgekommen, dass Journalisten vor einer Schule einigen zwölf- bis dreizehnjährigen Schülern Geld dafür gegeben haben, dass sie den Kameramann attackieren; diese Schüler wurden dann als ‚gewalttätige muslimische Jugendliche' dargestellt … Wenn einer junger Kerl eine Frau vergewaltigt, und es handelt sich um einen Muslim, einen zugewanderten Jugendlichen, dann heißt es in den Medien: ‚Es liegt an ihrer Kultur, dass sie unsere Frauen vergewaltigen.'"* (Mann, Dänemark)

Befragte aus anderen Ländern berichten über ähnliche Probleme:

> *…. Sie konzentrieren sich auf die Exzesse und auf die Extreme, nicht auf das Normale. 99 Prozent der Muslime sind normale Menschen, normale Bürger, die versuchen, sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen und ein gutes Familienleben zu führen, doch das eine Prozent, dass nicht so ist, wird in den Medien als die Muslime dargestellt."* (Mann, Niederlande)

> *„Einige sind teilweise ausgewogener, weniger feindselig. Aber die großen Fernsehanstalten, sowohl die öffentlichen als auch die privaten kommerziellen Sender, sind sehr antiislamisch …"* (Mann, Italien)

Die Befragten räumen ein, dass die Muslime selbst ebenfalls dazu beitragen müssen, die Kommunikation und die Interaktion mit den Medien zu verbessern:

> *„Es ist nicht nur der Fehler der Medien, die muslimischen Gemeinschaften tragen ebenfalls Verantwortung dafür. Wir gestalten unsere Botschaft nicht richtig, wir kennen die Empfänger unserer Botschaft nicht. Es gelingt uns nicht, uns verständlich zu machen."* (Mann, Belgien)

Einige Befragte berichteten über schlechte Erfahrungen jener Muslime, die mit den Medien kooperiert hätten; deren Aussagen seien falsch wiedergegeben oder aus dem Zusammenhang gerissen worden, um Personen oder Organisationen in ein schlechtes Licht zu rücken:

> *„Erklärungen abzugeben, ist eine Sache, aber die Botschaft richtig hinüberzubringen, ist etwas ganz anderes. Am 13. September 2001 saß ich hier mit einigen Erklärungen verschiedenster muslimischer Organisationen [in denen die Ereignisse vom 11. September 2001 verurteilt wurden]. Die Pressevertreter kamen, aber sie waren nicht daran interessiert. Ich sagte, ich würde kein Interview geben, wenn sie nicht zuerst diese Stellungnahmen durchläsen, und da sie das Interview wollten, taten sie so, als würden sie sich damit befassen. Aber sie zeichneten nichts von alledem auf."* (Frau, Deutschland)

Dennoch gibt es Anzeichen dafür, dass die Muslime seit dem 11. September 2001 verstärkt Gehör in den Medien finden. Dort, wo Kontakte und Verbindungen mit den Medien hergestellt werden, stellen die Muslime fest, dass sie wirksam antworten können, und in einigen nordeuropäischen Ländern sehen die Befragten, dass verstärkt Personen mit muslimischem Hintergrund in den Print- und Ausstrahlungsmedien tätig werden.

7. Außenpolitik

Obwohl in den Interviews die Erfahrungen der Befragten innerhalb der einzelnen Länder im Mittelpunkt standen, äußerten sich einige Befragte auch deutlich zu außenpolitischen Fragen wie dem Irakkrieg. Dies wurde in erster Linie deshalb als relevant für die Interviews betrachtet, weil es sich auf die Erfahrungen und Wahrnehmungen der Muslime in der Europäischen Union auswirkt.

Befragte aus dem Vereinigten Königreich erklärten, die Rolle des Vereinigten Königreichs im Irakkrieg habe bei vielen Muslimen Wut und Unmut hervorgerufen:

> *„Wir sind bestürzt, um es zurückhaltend auszudrücken ... Wir können diese Heuchelei nicht ertragen! Wir können diese Ungerechtigkeit nicht ertragen ... Die Muslime verstehen durchaus, was vor sich geht, und sehen auch die Heuchelei auf vielen anderen Ebenen der Außenpolitik ... wir sind nicht nur wütend über die Behandlung der muslimischen Gemeinschaft, sondern wir sind wütend, weil wir sehen, dass diese Politik Konflikte heraufbeschwören und die Gesellschaft spalten wird. Sie wird eine ungerechte Gesellschaft schaffen, die nicht auf Gerechtigkeit, dem internationalen Recht und Ehrlichkeit beruhen wird."* (Mann, Vereinigtes Königreich)

> *„Man glaubt, dass das Vereinigte Königreich in seiner Außenpolitik unterschiedliche Maßstäbe anlegt, und deshalb haben die jungen Leute das Gefühl, dass sie nicht zu Großbritannien gehören, weil sie ... bei den Muslimen unterschiedliche Maßstäbe anlegen. Und da wir Muslime sind, haben wir das Gefühl, dass sie auch gegen uns sind."* (Frau, Vereinigtes Königreich)

Die Muslime in Frankreich und Deutschland äußerten andere Ansichten:

> *„Ich denke, dass die Muslime in Deutschland zum Beispiel sehr, sehr glücklich über die deutsche Haltung im Irakkrieg waren. Sie waren sehr stolz, Teil eines Landes zu sein, das klar dagegen [gegen den Krieg] Stellung bezog."* (Mann, Deutschland)

> *„Im Allgemeinen haben sie einen guten Eindruck. Sie glauben, dass die Haltung der französischen Regierung besser ist als die anderer Regierungen, beispielsweise im Fall des Irak und auch in Bezug auf Palästina. Die Position der französischen Regierung in diesen Fragen gibt den Muslimen das Gefühl, dass an der Haltung der französischen Regierung eigentlich nichts auszusetzen ist." (Mann, Frankreich)*

Agentur der Europäischen Union für Grundrechte

WAHRNEHMUNG VON DISKRIMINIERUNG UND ISLAMFEINDLICHKEIT
STIMMEN VON MITGLIEDERN MUSLIMISCHER GEMEINSCHAFTEN
IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Zahlreiche weitere Informationen zur Agentur der Europäischen Union für Grundrechte sind verfügbar über Internet (http://fra.europa.eu)

© Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, 2007
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.